

Wochenlohn 40 Pf., monatlich 1,20 Pf.
Im voraus zahlbar. Postbezug 1,22 Pf.
einjährig 120 Pf., Postzeitungs- und
12 Pf. Postbestellgebühren Kustanten-
abonnement 6.— Pf. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags
zweimal, Sonntags und Feiertags
einmal, die Abendausgaben für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“. Illustrierte Beilagen: „Wort
und Zeit“ und „Kinderfreund“. Ferner
„Unterhaltung und Wissen“, „Frauen-
stimme“, „Lehmit“, „Bild in die
Wägenwelt“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einzige Kampfbroschüre
40 Pfennig. Restliche 2.— Reichs-
wart „Kleine Anzeigen“ das ein-
jährige Wort 20 Pfennig (jährlich zwei
langweilige Worte), jedes weitere Wort
12 Pfennig. Streifenbogen das erste
Wort 12 Pfennig, jedes weitere Wort
10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt
Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen Seite
40 Pfennig. Anzeigenannahme im Haupt-
geschäft. Umsonst 2. wochentags
von 4/2 bis 11 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Dönhofs 292—297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Poltschekkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter Angehörten
und Beamten, Wallstr. 65 Et. 2 u. 3. Die-Bei. Depositenkasse Lindenstr. 3.

Keine Einigung über Neuhöfen.

Deutscher Protestschritt in Warschau auf Grund des deutschen Gutachtens.

Halbamtlich wird gemeldet:

Es ist der für die Untersuchung des Grenzzwischenfalls bei Neu-
höfen eingesetzten deutsch-polnischen Kommission nicht gelun-
gen, sich über einen gemeinsamen und einheitlichen
Bericht an die beiden Regierungen zu einigen. Die deutsche Re-
gierung hat aber von den beiden Gutachten der deutschen und
der polnischen Kommissionsmitglieder sowie von dem gesamten Be-
weismaterial Kenntnis erhalten. Sie hat dieses Material ge-
prüft und ist dabei zu der Gewißheit gelangt, daß die Dar-
stellung in dem deutschen Gutachten den Sachverhalt zutref-
fend wiedergibt.

Danach haben seit dem Herbst vorigen Jahres polnische
Grenzschutzbeamte den Versuch gemacht,

deutsche Grenzbeamte in Marienwerder zur Aus- händigung von Geheimmaterial zu verleiten.

Die deutschen Beamten haben es zum Zwecke der wirksamen Be-
kämpfung solcher Veruche für ihre Pflicht gehalten, sich zum
Schein darauf einzulassen. Infolgedessen ist es dazu gekommen,
daß am 24. Mai, abends, zwei polnische Grenzschutzbeamte die
deutsche Grenze überschritten und sich zur Empfang-
nahme des Geheimmaterials in die Postkontrollbaracke bei Neu-
höfen begeben haben. Sie waren selbst mit Revolvern und
einer Handgranate bewaffnet und nahmen zu ihrem Schutz
bewaffnete Grenzsoldaten bis an die Grenze
mit. Als die deutschen Beamten in der Postkontrollbaracke zur Ver-
hütung der beiden polnischen Beamten schreiten wollten, haben
diese mit der Waffe in der Hand Widerstand geleistet
und dabei einen deutschen Beamten verwundet, der seiner-
seits einen polnischen Beamten verwundet hat. Der pol-
nische Beamte ist später behauerlicherweise seinen Verwundungen
erlegen. Fast gleichzeitig mit den Vorgängen in der Baracke
haben die erwähnten

polnischen Grenzsoldaten die deutsche Grenze über- schritten

und in Richtung auf das deutsche Gebiet eine Anzahl von Schüssen
abgegeben.

Auf Grund dieses Tatbestandes ist der deutsche Gesandte
in Warschau beauftragt worden, der polnischen Regierung eine
Note zu überreichen, in der wegen der Uebergreife der polnischen

Beamten Protest erhoben wird. Die Note wird alsbald nach
ihrer Uebersetzung veröffentlicht werden.

Wir gehören weder zu denen, die dem Grundsatz „Recht
oder Unrecht, mein Vaterland“ huldigen, noch zu denen, die
geneigt sind, in solchen Fällen die Schuld beim eigenen Land
zu suchen.

Die halbamtliche deutsche Darstellung deckt sich im
Wesentlichen mit der Schilderung, die der „Vorwärts“ als
erstes Blatt in Deutschland zu veröffentlichen in der Lage
war. Wir haben keinen Grund anzunehmen, daß diese
Version nicht zutrifft, zumal unsere Informationen aus zu-
verlässigster Quelle stammen. Danach ist auch kein Zweifel,
daß die weitaus größere Schuld bei der polni-
schen Spionageorganisation liegt, die eine an sich
völkerrechtlich unzulässige — leider allerdings internatio-
nal übliche — Tätigkeit entfaltet und zu diesem Zwecke auch
eine Grenzverletzung begangen hat.

Damit ist aber nicht gesagt, daß auf deutscher Seite
alles sauber und korrekt vor sich gegangen ist. Formell
mag das bis zu einem gewissen Grade zutreffen, mora-
lisch ist die Haltung polnischer Beamter, auch wenn sie
Spione sind, in eine Falle auf deutschem Boden kein
Heldentat. Es scheint übrigens, daß auch im Aus-
wärtigen Amt dieses Gefühl vorherrscht, denn die Wendung,
wonach die deutschen Beamten „es für ihre Pflicht ge-
halten haben, sich zum Schein darauf einzulassen“, läßt
nicht gerade auf eine hundertprozentige Solidarität mit
solchen Rick-Carter-Methoden schließen.

Im übrigen wäre es wünschenswert, die polnische
Darstellung kennenzulernen, schon deshalb, weil der Aus-
druck im deutschen Kommuniqué, daß die polnischen Beamten
„mit der Waffe in der Hand“ gegen ihre Verhaftung
Widerstand geleistet haben, etwas unklar ist. Haben sie ge-
schossen und ist die Verwundung des deutschen Beamten
durch einen Schuß erfolgt oder wie sonst?

Demnach ist schon eines sicher: daß nämlich die pol-
nische Regierung wenn überhaupt, so jedenfalls viel
weniger Anlaß hatte, in Berlin zu protestieren als die
deutsche Regierung in Warschau. Aber die Polen haben
sich beeilt, schon nach 24 Stunden in der Wilhelmstraße Alarm
zu schlagen, während die Reichsregierung fortreiterweise erst
den Abschluß der gemeinsam durchgeführten, leider aber nicht
gemeinsam abgeschlossenen Untersuchung abgemartet hat.

Militärkommission ausgearbeitet worden. Der Landes-
verteidigungsausschuß hat sich gegen den Bau ausgesprochen.

Entscheidend für den Beschluß der Regierung sind jedoch, wie
in dem Bericht mitgeteilt wird, in erster Linie die

nahezu unüberwindlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten,

die sich dem Kanalprojekt entgegenstellen. Es sei zweifelhaft, ob
sich der Bau in der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen
Lage verwirklichen lasse, ganz zu schweigen von der Rentabilität.
Aber die Kosten für den Tunnelbau seien von der Kommission
mit 30600000 Pfund Sterling (612 Millionen Mark) be-
ziffert worden, eine Zahl, die wahrscheinlich zu niedrig sei. Es
komme hinzu, daß die für den Bau notwendigen Gelder viele Jahre
hindurch zinslos festgelegt werden müßten, und da

nicht mehr als gleichzeitig 1000 Arbeiter beschäftigt

werden könnten. Infolgedessen würde das Projekt nicht einmal die
Arbeitslosenfrage ernsthaft berühren. Ein Minimum der Kanal-
baukosten für abgebaute verwendet, würde dagegen eine Er-
leichterung des Arbeitsmarktes verursachen. Aus all diesen Gründen
müsse auch die Arbeiterregierung den Kanaltunnelbau ablehnen.

Bolschewistenkongreß verschoben!

Auf Befehl Stalins um 10 Tage.

Wie die T.U. aus Moskau berichtet, hat Stalin am Freitag
amtlich bekanntgegeben, daß der Parteitag der kommunistischen
Partei der gesamten Sowjetunion verlagert wird. Der Parteitag,
der am 15. Juni stattfinden sollte, wird jetzt voraussichtlich
am 25. Juni abgehalten werden. Die Gründe für Verlagerung seien
angeblich in einem Besuch verschiedener Parteioverbände zu
suchen, andererseits sollen sie im Zusammenhang mit den starken
Auseinandersetzungen zwischen Stalin und dem Volkswär-
ter stehen. Es scheint auch nicht ausgeschlossen zu sein, daß Stalin
Zeit gewinnen will, um mehrere bedeutende Mitglieder des
Politbüros sowie die Witwe Lenin, Frau Krupskaja, auf seine Seite
zu ziehen.

Brünings Deckungspläne.

Die Pläne sind da — wo bleibt die Mehrheit?

Die Deckungspläne des Reichskabinetts bringen kaum
eine Ueberraschung, da sie bereits seit Wochen zur Diskussion
gestanden haben. Die Vorschläge bestehen aus drei Teilen:
1. Sanierung der Sozialversicherung, und zwar neben der
Arbeitslosenversicherung auch der Krankenversicherung,
2. Deckung des Fehlbetrages des Reichshaushalts und 3. Be-
lebung der Wirtschaft. Da die amtliche Mitteilung über die
Beschlüsse des Kabinetts außerordentlich zurückhaltend ist,
wird man die Bedeutung der angekündigten Maßnahmen
erst dann ganz überblicken können, wenn die Besetzungsmuster
vorliegen. Aber schon jetzt ist ein allgemeines Urteil möglich.

Das gilt vor allem von der Reform der Arbeits-
losenversicherung und der Reform der
Krankenversicherung. Wenn die Regierung an-
kündigt, daß die Arbeitslosenversicherung „in weitgehender
Anlehnung an die Beschlüsse des Vorstandes der Reichsanstalt
der Arbeitslosenversicherung“ neu geregelt werden soll, so be-
deutet das, daß ein erheblicher Teil des Mehrbedarfs, den die
gewaltige Arbeitslosigkeit verursacht, durch den Abbau der
Leistungen ausgebracht werden soll. Da andererseits die Her-
aushebung der Beiträge von 3 1/2 auf 4 1/2 Proz. vorgeschlagen
wird, so wird man darin den Sieg der Erkenntnis sehen
dürfen, daß die so heftig bekämpfte Beitragserhöhung auch
dann unumgänglich ist, wenn man wie die jetzige Regierung
den Weg des Abbaus der Leistungen für den erstrebenswerten
hält. Daß die in Aussicht gestellte „Reform“ der Kranken-
versicherung den Unternehmern einen Ausgleich für die
Mehrlasten der Arbeitslosenversicherung bringen wird, ist
kaum so sicher, wie die Urheber dieses Planes meinen. Sofern
diese Reform nicht der Beseitigung der kostspieligen Zer-
spaltung im Krankentassenwesen dient, sondern die Leistun-
gen für die Kranken einschränken will, wird sie kaum geringere
Widerstände finden als der Abbau der Leistungen der
Arbeitslosenversicherung.

Die Beschlüsse zur Deckung des Fehlbetrages
im Reichshaushalt sind in mehrfacher Beziehung be-
merkenswert. Die früher erwogene Erhöhung der Biersteuer
oder der Umsatzsteuer ist fallen gelassen worden. Man be-
schränkt sich jetzt auf das Notopfer der Festbesoldeten, das
man in Reichshilfe umgetauscht hat, auf eine Erhöhung der
Einkommensteuer um 10 Proz. für die Ledigen und auf die
Verlängerung der Kontingentierung in der Zigaretten-
industrie und eine Verkürzung ihrer Zahlungsfristen. Diese
Beschränkung des Deckungsprogramms der Reichsregierung
hängt anscheinend mit einer etwas optimistischen Beurteilung
der Entwicklung der Reichsfinanzen zusammen, deren Berech-
tigung schwer einzusehen ist. Ob durch diese Maßnahmen die
volle Deckung des Haushaltes erreicht wird, wie die Regierung
behauptet, ist höchst zweifelhaft.

Der Streit zwischen einem Notopfer der Leistungs-
fähigen und dem Notopfer der Festbesoldeten ist
zugunsten der Letzteren entschieden worden. Lediglich um den
unangenehmen Eindruck zu verwischen, den das Notopfer der
Festbesoldeten in den davon betroffenen Kreisen hervorrufen
wird, hat man sich zu der Bezeichnung „Reichshilfe“
entschlossen. Man wird abzuwarten haben, wie diese Reichs-
hilfe aussehen wird, wie hoch sie sein soll und welcher Kreis
von Personen dadurch belastet wird. Nach den bisherigen
Mitteilungen muß man annehmen, daß daran gedacht ist,
alle Festbesoldeten heranzuziehen. In eine Freigrenze zu-
gunsten der unerfahrenen Gruppen der Beamten scheint nicht mehr
gedacht zu sein. Ebenjowenig ist eine Staffelung der Be-
lastung geplant; die Belastung soll vielmehr einheitlich und
gleichmäßig sein.

In Verbindung mit dieser Reichshilfe stellt die Er-
höhung der Einkommensteuer für alle Ledigen
eine sehr fühlbare Belastung derjenigen dar, die durch
beide Maßnahmen betroffen werden. Der Anteil der ledigen
Steuerpflichtigen umfaßt bei der Lohnsteuer mehr als die
Hälfte, bei der Einkommensteuer der Selbstständigen weniger
als die Hälfte der Jenigen. Der Sonderzuschlag für die
ledigen Steuerpflichtigen wirkt also, sofern er nicht auf die
Lohnsteuer allein beschränkt ist, sondern für alle Gruppen
der Steuerpflichtigen gilt, wie eine teilweise Erhöhung der
allgemeinen Einkommensteuer. Höchst bedenklich ist die
Weisung, zu der man sich jetzt entschlossen hat. Nicht die
Leistungsfähigkeit ist Voraussetzung und Maßstab für die
Steuererhöhung, sondern der Familienstand, obwohl er
keinerlei Rückschlus darauf zuläßt ob durch ihn eine
Leistungsfähigkeit zu erkennen ist oder nicht. Da bisher be-
reits die Einkommensteuer der Ledigen wesentlich höher ist

Nazis drohen mit Mord.

Terrorversuche in Chemnitz.

Chemnitz, 6. Juni. (Eigenbericht.)

In der Nacht vom Donnerstag zum Freitag wurden mehrere
Mitglieder der sozialdemokratischen Stadtver-
ordnetenfraktion auf dem Nachhauseweg von einer etwa
15köpfigen Hakenkreuzerbande beschimpft und schließlich tödlich
angegriffen. Die Angegriffenen setzten sich energisch zur Wehr.
Einem Stadtverordneten gelang es unterdessen, die Polizei zu be-
nachrichtigen, die einige der Streiche festnehmen konnte.
Die Räpkelein der nationalsozialistischen Rowdys richteten sich vor
allem gegen den Vorsitzenden der sozialdemokratischen Fraktion, dem
angedroht wurde, daß er bei nächster Gelegenheit um die
Ecke gebracht werden würde. Auch auf der Polizeiwache setzten
einige der Burschen ihre Drohungen fort.

Vor Beginn der Donnerstagssitzung des Chemnitzer Stadtparla-
ments erhielt der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende einen
anonymen Brief, in dem es u. a. heißt: „Ihr sozialdemo-
kratischen Lumpen müßt erschlagen werden, und wenn drei Mann von uns wegkommen, dann kommen sechs Mann
von Euch dran, und Du Lump bist der erste. Die Dolche
sind geschliffen, und wir werden Dich erwischen. Männer sind es
nicht, die das wollen, aber Laufjungen sind es, und Du Lump hast
nicht einmal ein Heind auf dem Leib.“

Labour-Regierung gegen Kanaltunnel.

Aus finanziellen und wirtschaftlichen Gründen.

London, 6. Juni. (Eigenbericht.)

Die Gründe, die die Regierung bestimmt haben, den Bau des
Kanaltunnels abzulehnen, sind am Freitag in einem Be-
richt veröffentlicht worden. Das Gutachten, auf das sich die Re-
gierung stützt, ist von einer Wirtschafts- und von einer

als die der übrigen Steuerpflichtigen, was sich allerdings nennenswert nur bei den unteren Gruppen der Steuerpflichtigen auswirkt, so trifft die Ledigensteuer auch wieder nur die Steuerpflichtigen mit einem geringen Gehalt, und zwar um so stärker, je niedriger ihr steuerpflichtiges Einkommen ist.

Wenn die amtliche Mitteilung verkündet, daß der Gesetzentwurf über die Reichshilfe auch „einen Beitrag aus den Lantien der Aufsichtsräte“ vorsehe, so läßt schon diese vorsichtige Formulierung deutlich erkennen, daß nur eine sehr geringfügige Belastung der mühseligen Lantien der Aufsichtsräte geplant ist. Mit einem nennenswerten Ertrag dieser Steuer ist auf keinen Fall zu rechnen. Wollte man ihn erzielen, so hätte man sich mindestens dazu entschließen müssen, die Aufsichtsratssteuer, die bis zum Jahre 1923 bestanden hat und 20 Proz. betrug, wieder einzuführen. In der jetzigen Form wird die Heranziehung der Aufsichtsratslanten nur als die Absicht angesehen werden können, eine Belastung der wirklich leistungsfähigen Kreise vorzutauschen, die in Wirklichkeit weder beabsichtigt noch vorhanden ist.

Ob und inwieweit durch die angekündigten Maßnahmen die Belebung der Wirtschaft erreicht und Arbeitslosen Beschäftigung verschafft werden kann, steht noch dahin. Sowohl die Erteilung von Aufträgen durch die Reichspost und die Reichsbahn, als auch die stärkere Förderung des Kleinwohnungsbaues, die Durchführung eines allgemeinen Straßenbauprogramms hängt in erster Linie von der Frage ab, ob die Mittel hierfür beschafft werden können. Abgesehen von den 400 Millionen Mark, die Reichspost und Reichsbahn als deutscher Anteil an der Reparationsanleihe zufließen werden, müßte es gelingen, weitere Auslandsanleihen zu beschaffen. Daß man die Aufnahme ausländischer Kredite zugunsten der öffentlichen Hand, die man Jahre hindurch zu erschweren gesucht hat, jetzt fördern will, ist zu begrüßen. Die Frage ist nur, ob man diese Mittel gegenwärtig vom Ausland in ausreichendem Maße und so rechtzeitig erhält, daß eine starke belebende Wirkung zu erwarten ist.

Aber gegenüber allen Plänen der Reichsregierung bleibt doch schließlich die Frage offen, ob eine Einigung im Kabinett auch schon eine Einigung der im Kabinett vertretenen Parteien darstellt und ob diese Parteien für ihre Vorschläge eine Mehrheit im Reichstag finden. Einstweilen wird man das mit sehr vielen Fragezeichen versehen dürfen; das Schicksal der Vorlagen ist höchst ungewiß.

Der Deckungsplan.

Das Reichsfinanzministerium bezifferte den Fehlbetrag des laufenden Etatsjahres auf rund 750 Millionen Mark. Der Fehlbetrag geht auf 600 Millionen auf Kosten der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge, während die restlichen 150 Millionen des Defizits durch Einnahmefehl entstanden sind. Die Reichsregierung hat sich bei der Aufstellung dieses Sanierungsprogramms von dem Grundsatz leiten lassen, daß der entstandene Fehlbetrag sofort und gänzlich gedeckt werden muß. Sie hat es abgelehnt, einen Teil dieses Fehlbetrages erst im Herbst auszuholen.

Die Deckung des Fehlbetrages von 750 Millionen Mark soll auf folgende Weise erzielt werden:

115 Millionen	durch Leistungsabbau bei der Arbeitslosenversicherung
200	„ durch Beitragserhöhung
300	„ durch No'opler
45	„ durch Ledigensteuer
60	„ durch Einsparungen
50	„ aus der Zigarettensteuer.

Das Reichsfinanzministerium glaubt, die Neubelastung durch die Beitragserhöhung bei der Arbeitslosenversicherung durch eine Reform der Krankenversicherung auszugleichen, die zu einer entsprechenden Senkung der Beiträge bei der Krankenversicherung führen soll.

Bei den in letztem Angestelltenverhältnis stehenden Angestellten liegt die untere Grenze bei einem Jahresgehalt von 8400 Mark. Dagegen werden die Beamten geschlossen erfasst mit Ausnahme derjenigen, die wegen ihres geringen Einkommens nicht zur Lohnsteuer herangezogen werden. — Die Deckungspläne sollen bereits heute dem Reichsrat zugestellt werden.

Demokratische Bedenken.

Das Reichskabinett hat die Deckungsvorlage verabschiedet. Es hat eine Etappe hinter sich — und die war nicht leicht. Die nächste Etappe wird noch schwerer sein: nun müssen die Regierungsparteien sich hinter das Deckungsprogramm stellen. Bisher hört man keine laute Zustimmung, sondern neben resignierter Dinnahme heftige Kritik aus dem Regierungslager selber.

Die demokratische Presse opponiert ganz offen. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt:

„Zuerst ist nun das Kabinett fertig geworden, und seine Pläne zur Deckung eines neuen Defizits von 850 Millionen Mark sind in den Grundzügen bekannt. Auch sie sind wieder Mitteln, genau wie alle die Aktionen zur Sanierung der Reichsfinanzen, die in dem letzten Dreijahresjahr mit dem Anspruch auf hoffnungserweckende Endgültigkeit verkündet wurden. Teils sind sie bedenklich, teils gefährlich, teils Anlauf zu dem, was richtig wäre, teils schwer realisierbar. Man darf ja nicht vergessen, daß die Kabinettsbeschlüsse eine Mehrheit im Parlament brauchen. Das Ergebnis der Kabinettsverhandlung hat enttäuscht.“

Der „Demokratische Zeitungsdienst“ meißelt schwerste Bedenken der Demokraten an:

„Die demokratische Reichstagsopposition wird zum Deckungsprogramm endgültig erst beim Wiederzusammentritt des Reichstags Stellung nehmen können. Ein abschließendes Urteil wird überhaupt erst auf Grund der vorliegenden Gesetzentwürfe möglich sein. Schon jetzt läßt sich aber sagen, daß in demokratischen Kreisen gegen die Deckungspläne der Reichsregierung in der bekanntgegebenen Form die schwersten Bedenken bestehen. Es wird im besonderen bedauert, daß der Reichswirtschaftsminister Dietrich infolge seiner Krankheit verhindert war, an den entscheidenden Kabinettsberatungen teilzunehmen. Wegen den Gedanken eines Notopfers von solchem Ausmaß, wie es jetzt vorgeschlagen ist, bestehen auch bei den übrigen Parteien, die hinter der Regierung stehen, Bedenken. Der Reichsfinanzminister Rodenhauer wird voraussichtlich bei seiner eigenen Fraktion einen schweren Kampf um die Zustimmung zu seinen Vorschlägen bestehen müssen.“

Das Kabinett wird also wahrscheinlich mit den Führern der Regierungsparteien verhandeln müssen. Die Regierungsparteien allein aber haben keine Mehrheit!

Der Kindertod von Lübeck.

Sozialdemokratischer Kampf gegen Verunsicherung.

Zu dem Artikel des Genossen Moses „Anklage gegen Lübeck“ wird uns aus Lübeck geschrieben: „Um Lübeck ist es merkwürdig ruhig geworden.“ sagt Genosse Moses, und er spricht die Vermutung aus, es werde, wie so oft, auch hier wieder alles im Sande verlaufen; man werde das „peinliche Versehen“ suchen und nicht finden und die Frage nach der Verantwortlichkeit darüber vergessen.

Es wird anders kommen. Dafür werden zwei Faktoren sorgen: die juristische Wirklichkeit und das unermüdliche Drängen der Lübecker Sozialdemokratie. Diese Wirklichkeit ist noch viel grauenhafter, als die bisherigen Berichte erkennen lassen. Noch ist kein Ende des Sterbens abzusehen. 28 Kinder hat der Tod im ersten Zugriff geholt; aber er hat noch so manches gezeichnet in arme, greisenhafte Geschöpfe, die im Kinderhospital liegen, an deren Auskommen die Ärzte längst verzweifeln, und immer noch wächst die Zahl der Neuerkrankungen in schrecklichem Maße!

Da wird das Verunsichern nichts nützen. Aber der Genosse Moses steht scharf und richtig das Spiel, das gespielt wird: die Flucht aus der Verantwortung und die Beihilfe dazu.

Rur daß sich diese Beihilfe nicht auf die Vergesslichkeit beschränkt, das gesamte Lübecker Bürgertum hilft mit. Die bewußte und unbewußte Klassenolidarität mit den beschuldigten Ärzten überwiegt schon jetzt das Mitgefühl mit den trauernden und sorgenden Müttern. Denn diese Professoren waren ja Stützen der hanseatisch-erbklassischen Gesellschaft!

Gegen diesen ähnen Widerstand, gegen die immer neuen Versuche, zu beschönigen und zu verschleiern, haben es unsere Genossen nicht leicht, der Wahrheit zum Durchbruch zu verhelfen. Aber sie lassen keine Ruhe, und das Material, das sie zitieren können, ist heute schon erdrückend. Was das Reichsgesundheitsamt die wissenschaftliche Untersuchung führen! Unsere Lübecker Genossen fragen: Haben die Ärzte ihre Pflicht getan? — Und sie werden vor aller Welt und ohne Ansehen der Person beweisen, daß es denen, in deren Hand das Leben zahlloser Kinder lag, an einer Eigenschaft gebrach, die noch wichtiger ist als alle ärztliche Kunst: an Verantwortungsgesühl!

Das ist es ja auch, was der Genosse Moses fordert. Es mag gewiß sein: diese Forderung, die dem elementaren Willen des Volkes entspricht, wird erfüllt werden — trotz des Widerstandes der „guten Gesellschaft“.

Eine kommunistische Hilfsorganisation.

Bund der Freunde Sowjetrußlands.

Aus dem Büro des Parteivorstandes wird uns geschrieben: Aus verschiedenen Landesteilen sind dem Parteivorstand Mitteilungen über die Tätigkeit einer kommunistischen Hilfsorganisation zugegangen, die den Namen „Bund der Freunde der Sowjetunion“ trägt. In zwei Fällen sei es auch gelungen, Sozialdemokraten in den Dienst dieser Organisation zu stellen.

Der Parteivorstand nimmt Bezug auf einen Artikel in der Breslauer kommunistischen „Arbeiter-Zeitung“ vom 9. Februar 1929, in dem auf die Gründung dieser Organisation in folgender Weise hingewiesen wird.

„Warum Bund der Freunde der Sowjetunion?“

„Schon wieder eine neue Organisation!... Man wird einwenden, das Ganze sei ja doch nur eine kommunistische Macho-Latzschiff sind es die Kommunisten, welche zur Gründung dieses Bundes drängen und in ihm auch nur deshalb mitarbeiten, um für die Sache des Kommunismus zu wirken. Das zu verschweigen, dazu liegt keine Veranlassung vor...“

In anderer Stelle heißt es:

„Der Einwand vielleicht sogar mancher Kollegen, schon wieder eine neue Organisation zu gründen, sei falsch, ist nicht stichhaltig. Denn wir dürfen nicht verkennen, daß wir durch jede neue Organisation auch neue Kreise der Bevölkerung erfassen. Und das ist der Zweck, weshalb wir nicht müde werden, immer neue Organisationen zu schaffen. Man denke nur an den Roten Frontkämpferbund. Niemals würde es der kommunistischen Partei allein möglich gewesen sein, in dieser Zeit an so viele Arbeiter heranzukommen, wie uns das durch den Roten Frontkämpferbund in den fünf Jahren seines Bestehens gelungen ist...“

Das beweist, was ohnehin für jeden Parteigenossen klar sein müßte, daß der „Bund der Freunde der Sowjetunion“ eine kommunistische Hilfsorganisation ist, wie es der Rote Frontkämpferbund, die Internationale Arbeiterhilfe, die Rote Hilfe, die Antifaschistische Liga usw. sind.

Der Parteivorstand beschloß deshalb, analog den Beschlüssen der Parteitage zu den vorgenannten kommunistischen Hilfsorganisationen:

Die Zugehörigkeit zum „Bund der Freunde der Sowjetunion“ ist unvereinbar mit der Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Naziprovokation im bayerischen Landtag

Eine Demonstration gegen das Uniformverbot.

München, 6. Juni.

Im Landtag kam es heute vormittag zu einem Zwischenfall. Um 11 Uhr betraten sechs nationalsozialistische Abgeordnete unter Führung ihres Fraktionsvorsitzenden Dr. Buttman in der Uniform der nationalsozialistischen Sturmabteilungen durch die Tür des Lesesimmers der Sitzungssaal. Sofort entstand lebhafteste Unruhe. Nach einer Auseinandersetzung zwischen Präsident Stang und dem nationalsozialistischen Abgeordneten Wagner blieben die nationalsozialistischen Abgeordneten in ihren Uniformen im Sitzungssaal.

Als nach der Rede des Staatssekretärs Junke zum Sozialetat der nationalsozialistische Abgeordnete Dausler, der ebenfalls in der nationalsozialistischen Parteiluniform erschienen war, sich an das Rednerpult begab, verließen die Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei, des Bauernbundes und der Sozialdemokraten demonstrativ den Saal, so daß nur noch sieben Abgeordnete anwesend waren. Der nationalsozialistische Abgeordnete Grimm, der hierüber seinem Anwalt in lauten Juristen Ausdruck gab, wurde schließlich aus dem Saal verwiesen. Auch ein zweiter nationalsozialistischer Abgeordneter wurde wegen eines Zwischenrufes zur Ordnung gerufen.

Am Schluß der Landtagssitzung kam Präsident Stang auf die nationalsozialistischen Demonstrationen zurück und erklärte, gewisse Austritte auf der Tribüne hätten erkennen lassen, daß mit dem Auftreten nationalsozialistischer Abgeordneter in Uniform eine bewußte Demonstration und Provokation verbunden sein sollte. Da aber ein solches Verhalten gräßlich gegen die Ordnung des Hauses verstoße, werde er künftig auf Grund der Geschäftsordnung derartige gräßliche Verstöße mit Verweisung aus dem Sitzungssaal ahnden und das Tragen von Uniformen, die ein Kennzeichen der politischen Zugehörigkeit ihrer Träger seien, nicht mehr dulden. Das Haus billigte den Standpunkt des Präsidenten durch lebhaften Beifall.

Nazi-Rebellion gegen das Uniformverbot.

Die Nationalsozialisten veranstalteten am Freitag, wie von polizeilicher Seite mitgeteilt wird, offenkundig als Protest gegen die

Maßnahmen des bayerischen Staatsministeriums in verschiedenen Stadtteilen Fahrten in Personenkraftwagen. Die Wagen wurden hierzu mit Fahnenstangen in den Parteifarben ausgestattet. Die Insassen, die zum Teil Parteileitung trugen, führten zahlreiche einfarbige Fahnen mit sich. Die Fahrten wurden durch die Polizeidirektion unterbunden, die Leitenden mit den Kraftwagen zur Polizeidirektion gebracht. Sie wurden nach Feststellung ihrer Personalkarte wieder entlassen; Fahnen und Fahnenstangen wurden zurückbehalten.

Alarmruf aus Westfalen.

Die Arbeitslosigkeit steigt.

Dortmund, 6. Juni.

Wie das Landesarbeitsamt Westfalen berichtet, wurde der westfälische Arbeitsmarkt in der zweiten Hälfte des Monats Mai erneut durch eine Zunahme der Arbeitslosenzahl befallen — eine für die Jahreszeit ganz außergewöhnliche Tatsache.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger erhöhte sich gegenüber der ersten Halbjahresmitte um 1120. Der gegenwärtige Stand liegt mit insgesamt 125 128 Hauptunterstützungsempfängern um 67 643 oder um 120 Proz. über dem Stand der gleichen Zeit des Vorjahres. Rund ein Drittel der Gesamtzahl entfällt auf den Bergbau und die Metallindustrie, ein weiteres Drittel auf das Baugewerbe und die vom Baugewerbe abhängigen Industriezweige.

Die aus der zweiten Halbjahresmitte vorliegenden Stützungsanzeigen haben die Zahl 50 überschritten, und würden nach Erledigung der Verhandlungen eine weitere Belastung des westfälischen Arbeitsmarktes um etwa 5000 Arbeiter bedeuten.

Borspiel zum großen Bombenprozeß.

Eine Klage vor dem Arbeitsgericht.

Münster, 6. Juni.

Vor dem Münsterer Arbeitsgericht wurde am Freitag der Fall Kienitz verhandelt. Bekanntlich wurde nach der Ausführung der Sprengstoffanschläge in Bad Odessee und Remmünster bei Kienitz, der in der Münsterer Papierwarenfabrik Treu u. Co. als Prokurist beschäftigt war, auf seiner Arbeitsstätte ein Koffer mit Sprengstoffen gefunden. Er war daraufhin risikolos von seiner Firma entlassen worden. Hiergegen hatte Kienitz Klage erhoben. In der Verhandlung behauptete Kienitz, er habe nicht gewußt, daß der Koffer Sprengstoff enthalte habe. Die Firma Treu u. Co. betonte, das Vorhandensein des gefährlichen Sprengstoffes im Koffer sei ein Grund zur risikolosen Entlassung gewesen. Das Gericht wies die Klage ab und legte Kienitz die Kosten des Verfahrens auf. Nach Ansicht des Gerichts habe ein wichtiger Grund zur risikolosen Entlassung vorgelegen.

Keine Einigung über Nordwest.

In dem Mantelartikel der Gruppe Nordwest der Eisenindustrie wurde im Reichsarbeitsministerium über den Antrag auf Verbindlichkeitsklärung des in Bad Odenhausen gefällten Schlichtungspruchs bis in die Abendstunden verhandelt. Eine Verständigung unter den Parteien wurde nicht erzielt. Die Entscheidung über den Antrag liegt nunmehr beim Reichsarbeitsminister.

Wer ist Krjukow?

Ein Schlag gegen die Sowjetregierung.

Vor einigen Tagen berichteten wir über die Demission des Generalsekretärs der Pariser Sowjetbank Krjukow-Angorski und über dessen Austritt aus der kommunistischen Partei. Welch ein moralischer Schlag für das Ansehen der Sowjetregierung das bedeutet, wird erst recht verständlich, wenn man sich die Rolle vor Augen führt, die Krjukow in der kommunistischen Partei und in Sowjetrußland gespielt hat. Er gehört gemißermaßen zur alten Garde und hat in der Jarenzeit neun Jahre Zwangsarbeit verbüßt.

Während des Bürgerkrieges war er militärischer Kommandant des so wichtigen waroneschischen Abschnitts, später Inspektor der Infanterie der kaukasisch-kaspischen Front, dann Leiter der Personalabteilung des Stabes des Kriegsrats der Republik, Sekretär der Parteikontrollkommission der Generalsekretärsabteilung usw. usw.

Die Leitung der Sowjetbank hat übrigens für Krjukows Demission keine gescheiterte Erklärung gefunden als die, er sei wegen Unfähigkeit entlassen. Das Haus, in dem Krjukow wohnt, wird von Beamten der Kriminalpolizei bewacht.

Reichstag und Rundfunk.

Ein Vortrag des Reichstagspräsidenten Paul Löbe.

Im Berliner Rundfunk sprach gestern Reichstagspräsident Genosse Paul Löbe über die Frage „Reichstag und Rundfunk“. Die Frage, ob Reichstagsverhandlungen durch Rundfunk übertragen werden sollen, ist unstrittig. Die Bitte ist mit Einfluß der Wirtschaftspartei dafür, die Rechte zusammen mit dem Zentrum ist dagegen. Die bürgerlichen Demokraten und die Volkonservative Vereinigung enthalten sich der Stimme.

Löbe bekennt sich zu den Befürwortern. Er sagt, daß die amtlichen Protokolle zu spät kommen und daß die Zeitungen zu einseitig berichten. Die Rede des Parteifreundes wird von jedem Blatt bei der Unbilligkeit des Parteigeistes ausführlich behandelt, der Gegner kommt zu kurz, er wird entweder totgeschwiegen oder mit ein paar Sätzen erledigt. Die Öffentlichkeit und namentlich die Jugend erhält so kein objektives Bild über die Verhandlungen der Volksvertretung. Gerade der Rundfunk scheint besonders geeignet, dem politisch Interessierten zu sagen, was der Gegner will. Gegen eine Uebertragung von Reichstagsverhandlungen spricht der Umstand, daß die Berner des Staates die Sachlichkeit vergessen und Kampfsprüche proklamieren, um den Hörern zu sagen: Seht einmal an, so gehe ich gegen die Regierung vor, so ein Kerl bin ich! Der Reichstag könnte also zu einem Redetheater werden, das mit Schimpfkanonaden ausgefüllt wird. Der Abgeordnete will, wie es in der alten Felddienstordnung heißt, die „Tapferkeit vor dem Feinde“ zeigen. Die Kürze und die Sachlichkeit könnten unter diesen Umständen leiden. Demgegenüber ist einzuwenden, daß die Zeitungsschau, die der Rundfunk heute bietet, ein objektives Bild gibt und daß hier Unparteilichkeit gewahrt wird. Wenn die Reden der Abgeordneten auf Schallplatten aufgenommen und dann die von ihnen selbst als wichtigster Bestandteil angegebenen Teile den Rundfunkhörern übermittelt werden, ist auch diese Gefahr beseitigt. In diesem Verfahren läge sogar der Vorzug, daß der Redner gezwungen ist, sich zu konzentrieren und in einem bestimmten Abschnitt seiner Rede das Wichtigste zu sagen, was er zu sagen hat. Die Uebertragungen, die der Rundfunk aus dem ungarischen, dem französischen und dem ägyptischen Parlament gegeben hat, beweisen, trotzdem hier Uebertragung notwendig war, daß ein lebendiges Bild der Verhandlungen entsteht. Das ist auch in Deutschland möglich. Vor allen Dingen muß bei wichtigen Ministerreden die Regierung auch im Rundfunk zum Wort kommen. Eine der letzten Reden Stresemanns konnte nicht übertragen werden, weil sich drei Reichstagsparteien dagegen aussprachen. Wenn ein Minister bei einem Empfang der Presse, bei der Eröffnung einer Ausstellung oder bei einem Empfang spricht, so wird seine Rede übertragen. Nur wenn er im Reichstag spricht, soll das unterbunden sein, trotzdem er gerade dort als politisch Verantwortlicher der Öffentlichkeit Wichtiges mitzuteilen hat. Natürlich sollen dann auch die Redner der Opposition zum Wort kommen. Wenn sie Unvernünftiges reden, so hat ja der Rundfunkhörer Gelegenheit, den Empfang abzustellen. Er ist hierin besser daran als der Reichstagspräsident, der sich die Reden vom ersten bis zum letzten Worte anhören muß.

Löbe ist unbedingt für die Uebertragung wichtiger Sitzungen, zum mindesten in Auszügen. Die große Masse der Rundfunkhörer, die heute in die Millionen geht, hat so die Möglichkeit, zu erfahren, wie ihre Interessen im deutschen Parlament vertreten werden.

Der Junggeselle am Scheidewege.

Das Kabinett Brüning plant die Einführung einer Junggesellensteuer.



Finanzamt oder Standesamt ist hier die Frage!

Gefrierfleisch noch bis 1. Oktober.

Eine Erklärung des Reichsernährungsministeriums.

Am 1. Juli sollte nach dem famosen Beschluß des neuen Bürgerblocks die zollfreie Gefrierfleischzufuhr endgültig aufhören. Jetzt erfährt man auf dem Umwege über die „Allgemeine Fleischzeitung“, daß noch bis 1. Oktober im bisherigen Umfang zollfreies Gefrierfleisch eingeführt werden soll. Die Fleischzeitung erfährt aus dem Reichsernährungsministerium:

Der Gefrierfleischhandel hat so große Voreindeutungen und Voranmeldungen in zollfreiem Gefrierfleisch dem Ministerium bekanntgegeben, daß sich der Reichsernährungsminister Schiele veranlaßt gesehen hat, einen Teil dieser Anmeldungen noch zuzulassen. Die Zulassung darf aber die Höhe des bisherigen zollfreien Gefrierfleischkontingents nicht überschreiten.

Der Reichsernährungsminister hat daher soeben angeordnet, daß von den angemeldeten 36 000 Tonnen zollfreies Gefrierfleisch noch 12 500 Tonnen und zwar bis zum 30. September dieses Jahres nach Deutschland eingeführt werden dürfen.

Der Erlaß des Ministers bezieht sich auf den § 108 der Reichsabgabenordnung. Das Ministerium legt also Wert auf die Feststellung, daß es sich offiziell nicht um die Verlängerung des Gefrierfleischkontingents handelt, sondern um ein Entgegenkommen gegenüber dem Handel.

Wir haben keinen Anlaß, an der Richtigkeit dieser Meldung zu zweifeln. Bezeichnend ist die Feststellung, daß mit dieser zollfreien Einfuhrverlängerung Herr Schiele dem Handel entgegenkommen will. Wir glauben, daß er dem Handel auch entgegenkommen mußte, weil die abgeschlossenen Verkäufe sonst zu Schadenerfahrungen geführt haben würden. Obgleich sind ja Prozesse gegen das Reich angedroht, weil die bisherige Regelung bis 1933 gelten sollte und sich darauf der ganze Gefrierfleischhandel eingestellt hat. Erfreulicherweise kommt diese zwangsläufige Ausdehnung der bisherigen Gefrierfleischzufuhr auch den arbeitslosen Massen zugute. Interessant aber ist, daß in diesem Kabinett angeht die furchtbare Arbeitslosigkeit noch keiner daran gedacht hat, Herr Schiele natürlich am allerwenigsten, überhaupt die auf Grund einer Ermächtigung beseitigte Gefrierfleischzufuhr zunächst wieder in Kraft zu setzen. Da wird tagelang im Reichskabinett über Notmaßnahmen beraten; wie die notleidenden Massen aber zu billigerem Fleisch kommen können, dafür zu sorgen ist dem Kabinett nicht eingefallen. Da mußte erst der Handel mit seinen — kostspieligen — Vorstellungen kommen.

Der Beamtenwechsel in Pommern.

Innenminister Woentig gegen die Fronde.

Stettin, 6. Juni. (Eigenbericht.)

Der preussische Innenminister Professor Dr. Woentig führte am Freitag den neuen Oberpräsidenten der Provinz Pommern, Dr. von Halfern, in sein Amt ein. Woentig äußerte sich bei dieser Gelegenheit u. a. über den Konflikt, der zwischen der preussischen Staatsregierung und dem Provinzialausschuß der Provinz Pommern wegen der Nachfolge des Regierungspräsidenten in Stettin entstanden ist und nach dessen Befehl. Dieser Konflikt hat dazu geführt, daß der neue Oberpräsident, ebenso wie der neue Regierungspräsident in Stettin, Dr. Simons, sein Amt zu nächst nur kommissarisch übernehmen konnte. Der preussische Innenminister führte zu dem Konflikt aus:

„Das preussische Staatsministerium hat sich meinen Vorschläge, Sie (Dr. von Halfern) mit dem Amte des Oberpräsidenten der Provinz Pommern zu betrauen, angeschlossen, weil Ihre Person die Gewähr zu geben scheint, daß Sie das von Ihrem Vorgänger Oberpräsidenten Dr. Eppmann so verheißungsvoll begonnene Werk des Ausgleichs der Gegensätze, das Wert der Befriedung fortsetzen und vollenden werden. Dieser Wunsch der preussischen Staatsregierung entspricht auch der Wunsch, Herrn Ministerialrat Dr. Simons zum Regierungspräsidenten von Stettin zu ernennen. Bedauerlicherweise hat der Provinzialausschuß sich diesen Erwägungen nicht angeschlossen. Die Staatsregierung hat jedoch die feste Ueberzeugung, daß die persönlichen Fähigkeiten und die fachlichen Erfolge des Herrn Dr. Simons die heute ihm noch absehend gegenüberstehenden politischen Führer eines Teiles der Bevölkerung der Provinz in kurzer Zeit dazu bringen werden, diesen Standpunkt aufzugeben. Deshalb hält das preussische Staatsministerium daran fest, Herrn Dr. Simons mit der kommissarischen Verwaltung des Regierungsbezirks Stettin zu betrauen. Weil aber der Beschluß der Staatsregierung, Sie, Herr Dr. von Halfern, zum Oberpräsidenten dieser Provinz zu bestellen, im inneren Zusammenhang mit der Auswahl des Nachfolgers für Ihren Posten als Regierungspräsidenten steht, hat das Staatsministerium davon abgesehen. Sie schon jetzt zum Oberpräsidenten der Provinz Pommern zu ernennen. Gerade deshalb möchte ich mit allem Nachdruck betonen, daß die Staatsregierung in Ihnen schon heute den von Ihrem und der Bevölkerung Vertrauen getragenen Oberpräsidenten der Provinz Pommern erblickt.“

Gesandter und Sozialist.

Der Vertreter Jugoslawiens in Berlin.

Das „Alte-Wendblatt“ brachte dieser Tage eine Biographie des jugoslawischen Gesandten in Berlin, S. Baluzgitsch, in der behauptet wurde, Baluzgitsch, einst radikaler Sozialist und Mitredakteur der „Neuen Zeit“, habe sich nach Uebernahme wichtiger öffentlicher Stellen zum „Staatskonformismus“ gewandelt. In Wirklichkeit war Baluzgitsch nicht Redakteur der „Neuen Zeit“, wohl aber ihr Mitarbeiter. Darüber hinaus sind wir zu der Feststellung ermächtigt, daß der gegenwärtige Vertreter Jugoslawiens in Berlin nicht aus seiner sozialistischen Gesinnung ein Hehl gemacht, sondern sich in allen seinen Publikationen, auch in der letzten Zeit, zu ihr bekannt hat.

Künstler erklärt.

Gegen General von Schleicher.

Genosse Franz Künstler schreibt dem „Sozialdemokratischen Presseblatt“:

Der rechtsstehenden Presse entnehme ich, daß der Reichswehrminister sein an mich gerichtetes Schreiben vom 2. Juni damit zu rechtfertigen sucht, daß ich in der Kieler Munitionsangelegenheit ein illoyales Verhalten geübt haben soll. Ohne daß ich im einzelnen auf die im Reichswehrministerium beliebten Rechtfertigungsmethoden eingehe — das wird an anderer Stelle in noch ausreichendem Maße geschehen —, will ich zur Steuer der Wahrheit für die Öffentlichkeit und zur Information des Reichswehrministers den einwandfreien Sachverhalt meiner, den mir gemachten Vorwurf betreffenden Unterredung mit Herrn General von Schleicher bekanntgeben:

Am Mittwoch, dem 23. April, hatte ich im Dienstzimmer des Generals von Schleicher eine von mir erbetene Unterredung über eine Beförderung eines ehemaligen Marinekadeten des alten Kreuzers „Emden“, dessen ruhmreiche Fahrten im Kriege von unseren Patrioten so gepriesen wurden. Nach dem Untergang des Kreuzers „Emden“ mußte die Beförderung nach vielen Kreuz- und Quarfahrten auf einem gelaperten Hilfskreuzer in einem arabischen Hafen anlegen. Der Hilfskreuzer wurde später verlassen, weil feindliche Kriegsschiffe die Einfahrt zum Hafen sperrten. Die Mannschaft des Hilfskreuzers trat dann den bekanntgewordenen Zug durch die arabische Wüste an und kam Ende 1915 nach Konstantinopel. Für diese Zeit ist den Matrosen der „Emden“ weder Löhnung noch Verpflegungsgeld gezahlt worden. Die mir später in dieser Sache ergänzend gemachten schriftlichen Mitteilungen habe ich dem General von Schleicher in der Sitzung des Reichstags vom 21. Mai übergeben. Hierauf folgte dann der in der Öffentlichkeit inzwischen bekannt gewordene Brief des Ministers, gez. von Götting, vom 2. Juni, in dem es heißt, daß Herr Brenner des Reichsministeriums sich dazu äußerte: Wenn aber das Wehrministerium sich auf Fragen eines Abgeordneten ausschweift, so muß der Abgeordnete den Weg in das Plenum beschreiten. Einzelheiten über die Kieler Munitionsaffäre sind mit dem General von Schleicher niemals besprochen worden. Zum Schluß meiner Unterredung mit dem General von Schleicher wies ich auf Pressenotizen über den am 3. Mai stattfindenden Prozeß der Kaufleute gegen den Reichswehrminister hin. Hierbei erklärte ich, daß ich den Eindruck habe, daß der Kieler Fall genau so verlaufen werde wie der im Jahre 1908 stattgefundene Kieler Werftprozeß. Hätte ich den Werftprozeß vom 4. Oktober 1927 am Tage der Unterredung schon gekannt, dann hätte ich bestimmt Herrn von Schleicher darauf aufmerksam gemacht.

In der Aussprache mit General von Schleicher vom 23. April habe ich die in meiner Reichstagsrede vom 22. Mai besprochenen Einzelheiten in der Kieler Munitionsangelegenheit noch gar nicht gekannt. Das Material erhielt ich erst am nächsten Tag vor den Verhandlungen des Wehrrats im Hauptauschuß. Hier brachte ich die Angelegenheit zur Sprache, ohne daß ein Vertreter des Wehrministeriums sich dazu äußerte. Wenn aber das Wehrministerium sich auf Fragen eines Abgeordneten ausschweift, so muß der Abgeordnete den Weg in das Plenum beschreiten. Einzelheiten über die Kieler Munitionsaffäre sind mit dem General von Schleicher niemals besprochen worden. Zum Schluß meiner Unterredung mit dem General von Schleicher wies ich auf Pressenotizen über den am 3. Mai stattfindenden Prozeß der Kaufleute gegen den Reichswehrminister hin. Hierbei erklärte ich, daß ich den Eindruck habe, daß der Kieler Fall genau so verlaufen werde wie der im Jahre 1908 stattgefundene Kieler Werftprozeß. Hätte ich den Werftprozeß vom 4. Oktober 1927 am Tage der Unterredung schon gekannt, dann hätte ich bestimmt Herrn von Schleicher darauf aufmerksam gemacht.

Herr General von Schleicher weiß zu gut, daß der Rechtferti-

gungsvorschlag für das Schreiben vom 2. Juni jeder Grundlage entbehrt. Eine Äußerung des Generals, die bei ihrem Bekanntwerden nicht ohne Einwirkung auf den Kieler Prozeß bleiben könnte, habe ich im Reichstag weder mitgeteilt, noch angedeutet. Das kann aber nachgeholt werden, wenn das Reichswehrministerium glauben sollte, daß es mich in der Öffentlichkeit weiterhin ungehindert eines illoyalen Verhaltens bezichtigen kann.

Keine Besserung in Südtirol.

Trotz der Freilassung einzelner Führer des Deutschtums.

Genf, 6. Juni.

Der Vertreter der deutschen Bevölkerung Tirols und früherer Abgeordneter in der italienischen Kammer, Baron Sternbach, gab in der heutigen Sitzung des Weltverbandes der Völkerbundigen eine Erklärung zu der gegenwärtigen Lage der deutschen Minderheiten in Südtirol ab, in der er darauf hinwies, daß die Befürzung Mussolinis Regierungschefs, durch die mehreren Südtiroler Bürgern die persönliche Freiheit wieder gegeben worden sei, von der Bevölkerung mit Befriedigung aufgenommen worden sei. Leider sei es ihm aber nicht möglich, von einer Besserung der Lage berichten zu können. Trotzdem gebe er der Erwartung Ausdruck, daß die römische Regierung den Deutschen in Südtirol auch zum Nutzen des Staates jene Rechte einräumen werde, die eine freie Entwicklung des angekommenen Volkstums gewährleisten. Es müsse sich jetzt zeigen, wie bei voller Wahrung der Rechte der anderen Nation und der Erfüllung der Pflichten gegen den Staat die Pflege des eigenen Volkstums und die ungenügende kulturelle Entwicklung jeder Minderheit gewährleistet werden könne. Die Erklärung des Südtiroler Vertreters wurde mit starkem Beifall aufgenommen. In der Aussprache wurde sodann von deutscher Seite darauf hingewiesen, daß die Minderheitsverträge bisher von den Regierungen in keiner Weise eingehalten worden seien. Die südtirolischen Vertreter hätten zwar alle Versprechungen gemacht, jedoch sei die Lage in Südtirol immer schlimmer geworden. Die italienische Regierung sei an feinerlei Verträge gebunden. Ihre Politik zielt auf die Vernichtung der Minderheiten hin. Das Adolf Hitler nicht davor hindert, zu erklären, man müsse im Interesse des künftigen friedlichen Zusammengehens mit Italien gegen den französischen „Gefährten“ die Deutschen Südtirols ihrem Schicksal preisgeben. (Red. d. „N.“)

APD-Rowdy verurteilt.

Neun Monate Gefängnis wegen gefährlicher Körperverletzung.

Hamburg, 6. Juni.

Ein Beteiligten an der Schlägerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten am Abend des 28. Mai, der Kommunist Boren, stand heute vor dem Richter. Boren war bereits im Januar wegen eines gleichartigen Ueberfalls zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden. Diermal erkannte das Gericht wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung auf neun Monate Gefängnis bei sofortiger Verhaftung.

Lohn- oder Preisabbau?

Das Exempel der Baustoffindustrie.

Der Baustoffmarkt muß so schnell wie möglich angeturbelt werden. Darüber ist sich alle Welt einig. Senkung der Baustoffpreise ist so wichtig wie Beschaffung von Baukapital.

Kann eine Senkung der Baustoffpreise durch Lohnabbau ermöglicht werden? Die Unternehmer sagen natürlich: Ja. Sie verweisen darauf, daß die von der Baukonjunktur abhängige Baustoffindustrie selbst in einer argen Misere steckt, und für diese Misere machen sie selbstverständlich wieder den Stand der Löhne verantwortlich. Kurz entschlossen fordern sie daher Lohnabbau. In der Ziegelindustrie wurde z. B. eine ganze Reihe der größeren Bezirke- und Ortsverbände von den Unternehmern gefündigt und ein Abbau der Stundenlöhne von 10 bis 50 Proz. gefordert. Diese enorme Forderung ist von den Steitiner Ziegelunternehmern in einer Eingabe an den Schlichtungsausschuß mit der fühnen Behauptung begründet worden, daß seit 1924 keine nennenswerte Erhöhung der Lebenshaltungskosten eingetreten sei. Bei den Astfordlöhnen verlangt man fast allgemein einen Abbau von 20 bis 30 Proz.

Wo es nicht auf ihre Kosten geht, sind die Unternehmer mit dem Handeln sehr rash. In Sachsen hatten die tariflichen Anstalten sich für unveränderte Verlängerung der geforderten Tarife auf ein Jahr ausgesprochen. Die Unternehmer wollten davon nichts wissen. Da eine Verbindlichkeitsklärung der gefällten Schiedsprüche vom Schlichter nicht bejwörter wurde, kam es in allen Bezirken der Ziegelindustrie Sachsens zu einem tariflosen Zustand. Die Unternehmer haben sich das zunutze gemacht. Sie haben mit dem Lohnabbau begonnen. Sofort nach Ablauf der Tarife ging man daran, den von ihnen in Aussicht genommenen Stunden- und Astfordlohnabzug durchzuführen. Rigoros haben sie durch Anschlag niedrigere Lohnsätze diktiert und die Arbeiter aufgefordert, sich schriftlich mit dem Diktat einverstanden zu erklären. Vom Preisabbau ist keine Rede.

Wo es nicht zum Lohnabbau kam, blieb es in den meisten neu abgeschlossenen Verträgen bei dem alten Zustand, d. h. die Löhne des vergangenen Jahres gelten ein Jahr weiter. Ist das für die Baustoffindustrie untragbar? Sicherlich nicht, denn auch das „schwarze“ Jahr 1929 war für die Baustoffindustrie, wie die Geschäftsberichte aufweisen, keineswegs ohne Gewinn. Neben zum Teil sehr reichlichen Abschreibungen und Sonderrückstellungen, neben den üblichen Gratifikationen an Vorstände und Aufsichtsräte, verteilten für das Geschäftsjahr 1929 folgende Gesellschaften an Dividende: Ziegelwerke Ludwigsburg A. G. 15 Proz., Rheindener Ziegelwerke 13 Proz., Donabrunder Ziegelwerke 8 Proz., Scherndeder Ton- und Halbziegelwerke 15 Proz., Wfs Bergbau A. G., Künsterwerke Grube Wfs 10 Proz., Tonwarenfabrik Schmandorf 10 Proz., Tonwerke A. G. Wittenberg 8 Proz., Neulirchen-Lugauer Ziegelwerke 6 Proz., Altiengießelei Beyreuth 6 Proz., Altiengießelei München 4 1/2 Proz. Man könnte diese Liste endlos verlängern. Natürlich gibt es auch Gesellschaften, die keine Dividende verteilen und die den Reingewinn zu Abschreibungen und Betriebsverbesserungen verwendet haben. Es gibt auch Betriebe, die mit Verlust arbeiten, aber die gibt es in jeder Industrie.

Wie in der Ziegelindustrie, so liegen die Dinge auch in der Zementindustrie für das Jahr 1929: Aktien der Portlandzementfabrik 14 Proz. Gewinne, Breitenburger Portland-Zement-

fabrik 12 Proz., Germania Zementfabrik W. G. Misburg 14 Proz., Portland Zementfabrik Hemmoor 15 Proz., Sächl.-thüringische Portland Zementfabrik 12 Proz., „Sagoma“-Portland Zementfabrik 10 Proz. usw. Angesichts dieser außerordentlichen Gewinne ist es doch keine Zumutung, wenn man von der deutschen Zementindustrie verlangt, eine bedeutende Preiserhöhung vorzunehmen. Sie und mit ihr eine ganze Reihe von baustoffherzeugenden Industrien können sehr wohl die Preise senken und obendrein auch noch etwas für Besserung der Löhne tun.

Unsere Unternehmer sind merkwürdige Leute. Die Hebung der Lebenshaltung der Asiaten und Afrikaner macht ihnen mehr Sorge als die Kaufkraft der deutschen Massen. Das ist kein Scherz. Herr Frowein hat auf der Wertbestimmerversammlung des Deutschen Zementbundes vor einigen Monaten ausdrücklich als Voraussetzung für eine günstige Entwicklung Deutschlands neben Kräftigung des Inlandmarktes ganz besonders Steigerung der Exportmöglichkeiten durch „Hebung der Lebenshaltung der asiatischen und afrikanischen Bevölkerung“ gefordert. Warum in die Ferne schweifen, wo die Möglichkeit zur Hebung der Lebenshaltung der Massen so nahe liegt? Wohltun beginnt zu Hause!

Erpressung statt Verständigung?

Die lässliche Progis.

Während in Berlin die Spitzenverbände der Industrie mit den Gewerkschaften über Maßnahmen zur Anturbelegung der Wirtschaft in erster Linie über eine Verständigung in der Preis- und Lohnfrage verhandeln, schlagen Draußen im Reich mild gewordene Arbeitgeberverbände rücksichtslos auf die Arbeiterschaft ein, um sie gewaltam zum Lohnabbau zu zwingen. Allem Anschein nach bilden sich manche Leute im Arbeitgeberlager ein, durch „sanften“ Druck auf Umwegen die Gewerkschaften eher zum Nachgeben zu zwingen. Ein höchst unglückliches und recht verheißtes Beginnen! Wenn die Lohnabbauerpressungen nicht schnell aufhören, dann besteht große Wahrscheinlichkeit, daß neue scharfe Konflikte jede Verständigung zerschlagen.

Sehr kritisch ist die Situation bereits in der feuerfesten Industrie Sachsens. Ihr Arbeitgeberverband hat den bestehenden Bezirkslohnstarif zu Ende April mit der Absicht gekündigt, einen Lohnabbau vorzunehmen. Das Tarifamt hatte anfangs Mai einen Schiedspruch gefällt, der die alten Löhne bis Ende April 1931 weiter gelten lassen will. Der Spruch wurde von den Arbeitgebern abgelehnt. Die Arbeiter nahmen ihn an und beantragten Verbindlichkeitsklärung. Bevor jedoch das Verfahren zu Ende war, diktierten die Arbeitgeber durch Anschlag in den Betrieben einen Lohnabbau von 3 bis 13 Pfennig pro Stunde! Sei forderten die Unterscheidung von Reversen, wonach sich die Arbeiterschaft mit dem Lohnabzug einverstanden erklärt.

Das Vorgehen der Arbeitgeber der sächsischen feuerfesten Industrie ist unerhört. Bei der Haltung ihres Verbandes muß mit ernstlichen Konflikten gerechnet werden, nachdem die Einigungsverhandlungen vor dem mitteldeutschen Schlichter gescheitert sind. Noch ist die Entscheidung auf den Antrag der Arbeiter auf Verbindlichkeitsklärung nicht gefallen; er soll in den nächsten Tagen erfolgen; aber die Situation ist bereits recht kritisch.

Weitere Verhandlungen nach Pfingsten.

Die Spitzenorganisationen der Arbeitgeber und der Gewerkschaften haben sich am Freitag in einer kurzen Besprechung dahin geeinigt, daß die Beratungen über die Preis- und Lohnfrage in der Woche nach Pfingsten fortgesetzt werden sollen.

Doppelte Buchführung.

Schwerindustrielle Sabotage der Verhandlungen.

Ueber die kurze Besprechung, die gestern zwischen den Spitzenorganisationen der Unternehmerverbände und der Gewerkschaften stattfand, veröffentlicht das Wolff-Büro ein kurzes Kommuniqué, das inhaltlich übereinstimmt mit dem vorstehenden Kommuniqué, das uns vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zugegangen ist. Gleichzeitig veröffentlicht aber das Wolff-Büro in seinem Handelsdienst eine längere Mitteilung, in der es wörtlich u. a. heißt:

„Von beiden Seiten wird versichert, daß die heutige Besprechung einen durchaus günstigen Verlauf genommen habe. Sie werde in der Mitte oder der zweiten Hälfte der nächsten Woche fortgesetzt werden, und es wird als durchaus wahrscheinlich bezeichnet, daß sie dann bereits zum Abschluß kommt. Das Verhandlungsgebiet umfaßt nicht nur das Problem der Preis- und Lohnsenkung, es wird vielmehr eine Einigung auch über alle Fragen erstrebt, die der Wiederankurbelung der Wirtschaft und damit der Ueberwindung der Arbeitslosigkeit im Wege stehen. Sobald die Verständigung erreicht ist, werden dann die Spitzenorganisationen der Industrie von ihren Unterverbänden die erforderlichen Maßnahmen verlangen. Unter Umständen dürfen dann auch Einzelverhandlungen zwischen den Organisationen der verschiedenen Industriezweige mit den Parallelgewerkschaften folgen, um die Senkungsaktion den besonderen Verhältnissen der verschiedenen Industrien anzupassen.“

Dazu wird uns von autoritativer Seite erklärt, daß in den gestrigen Verhandlungen von einer Lohnsenkung überhaupt nicht gesprochen worden ist. Bei den vorhergehenden Verhandlungen haben die Gewerkschaftsvertreter von vornherein erklärt, daß von einer Lohnsenkung überhaupt nicht die Rede sein könne. Erst müßte die Preisentwertung sich auch bei den Kleinhandelspreisen ausgewirkt haben, bevor das Lohnproblem überhaupt angeschnitten werden könne.

Wir stellen also fest, daß es innerhalb der Unternehmergruppe einen Flügel gibt — und es ist gar nicht schwer zu erraten, daß es sich um den Flügel der Schwerindustriellen handelt —, der bewußt und, wie wir feststellen wollen, mit Erfolg die Verhandlungen sabotiert. Zunächst ist die Telephonunion dazu benutzt worden, jetzt benutzt man sogar die doppelte Buchführung im Wolff-Büro. Die Schwerindustriellen hoffen immer noch, daß der Reichsarbeitsminister ihrem Druck erliegen und den unumgänglichen Schiedspruch von Deggendorf verbindlich erklären wird. Haben die Schwerindustriellen aber einmal die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches in der Tasche, dann plektisieren sie auf den Verständigungsversuch, der ihnen zum mindesten höchst unerwünscht ist. Wir glauben nicht, daß der Reichsarbeitsminister die Sabotage der Schwerindustriellen irgendwie unterstützen kann.

IFA-Bund zu den Verhandlungen.

Keine Senkung der Realeinkommen!

Der IFA-Bundesauschuß nahm am Freitag zur Arbeitslosenfürsorge Stellung.

Das Bundesvorstandsmitglied Schweiger sprach über das Thema „Mißachen und Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit“. Er forderte Bekämpfung der Hemmungen, die der Hereinnahme ausländischen Kapitals heute noch entgegenstehen und die Aufnahme ausländischer Anleihen vor allem durch die öffentlichen Körperschaften, da nur so die öffentliche Wirtschaft in die Lage versetzt werden könne, durch verstärkte Aufgabenteilung an die Privatwirtschaft wirtschaftsbelebend zu wirken. Die vom Reichswirtschaftsrat vorgeschlagenen Maßnahmen zur Finanzierung des Wohnungsbaus müßten schleunigst verwirklicht werden. Die viel zu lange hinausgezögerte Anpassung der Preise industrieller Fertigerzeugnisse an die stark gestiegenen Rohstoffpreise dürfe keine Stunde länger aufgeschoben werden. In dem Widerstand der Kartelle gegen diese unbedingt erforderliche Preisentwertung sei eine der Hauptursachen der allgemeinen Wirtschaftskrisis zu erblicken. Völlig abwegig sei es, den Preisabbau von einem gleichzeitigen Abbau der Löhne und Gehälter abhängig zu machen. Bei Preiserhöhungen hätten die Unternehmerverbände nie daran gedacht, gleichzeitig die Löhne entsprechend zu erhöhen. Die freien Gewerkschaften könnten bei ihren Verhandlungen mit den Spitzen der Unternehmer nie ihre Zustimmung zu einer Herabsetzung der Löhne und Gehälter geben. Die von den Unternehmern geforderten Verhandlungen könnten von den Gewerkschaften nur mit dem Ziele geführt werden, den Arbeitslosenschuß zu sichern und durch Herabsetzung des Preisniveaus unter strikter Aufrechterhaltung der Tariflöhne das Realeinkommen der Arbeitnehmer zu heben und dadurch zur Belebung der Wirtschaft beizutragen.

Erweiterung der Krisenfürsorge.

„Im Rahmen des Möglichen.“

Das Wolffbureau meldet: „Der Reichsarbeitsminister hat heute mit den Vertretern der Gewerkschaften Fragen der Krisenunterstützung besprochen. Er führte aus, daß er ständig bemüht sei, der Notlage auf dem Arbeitsmarkt wie auch auf dem Gebiete der Krisenunterstützung im Rahmen des Möglichen Rechnung zu tragen. Die Geldmittel, die das Reich für die Krisenunterstützung zur Verfügung stellen könne, seien bei der gegenwärtigen Gesamtlage aber begrenzt. Wenn den vielfachen Wünschen auf Ausdehnung der Krisenunterstützung in vollem Umfang entsprochen würde, so würde dies für das Reich gegenüber dem Haushaltsjahre von 130 Millionen Mark eine Mehrbelastung von mehreren hundert Millionen Mark ergeben, er habe sich bereits mit Erfolg für eine nicht unbedeutliche Erhöhung der Haushaltsmittel eingesetzt und hoffe dadurch in der Lage zu sein, wenigstens den größten Notständen zu begegnen.“

Gewiß kostet die Erweiterung der Krisenfürsorge Geld. Aber auch die Regierung Brüning muß sich darüber klar sein, daß die Arbeitslosen nicht verhungern können und die Gemeinden in der Wohlfahrtsunterstützung am Ende ihrer Kraft sind.

Es kommt darauf an, wie man den Rahmen des „Möglichen“ spannt. Es gibt schon noch Möglichkeiten für die Regierung Brüning, durch Ersparnisse an Stellen, wo nicht so bittere Lebensnotwendigkeiten auf dem Spiele stehen, wie die Stillung des Hungers, beträchtliche Mittel herauszubekommen.

Die Angestellten zur Wirtschaftskrise.

Vertreterversammlung des IFA-Ortskartells Berlin.

In der letzten Vertreterversammlung des Berliner IFA-Ortskartells wurde zunächst Stellung genommen zu Reorganisationsvorstellungen, die die Berliner Arbeitsämter betreffen. Die Vertreterversammlung stellte sich hierbei einmütig auf den Standpunkt, daß solche Pläne zur Zeit abzulehnen seien, weil man in jedem Falle, um eine doppelte Arbeit zu vermeiden, die endgültige Neugestaltung des kommunalen Berlins abwarten müßte.

Weiter wurde auch verhandelt über Vorschläge, die auf eine Organisationsänderung der Zusammenfassung der Berliner Facharbeitsnachweise hinauslaufen würden. Bisher sind auf Grund der praktischen Erfahrungen sämtliche Berliner Facharbeitsnachweise dem Arbeitsamt Berlin-Mitte angeschlossen. Es scheint in Behördenkreisen die Absicht zu bestehen, eine andere Gliederung vorzunehmen, was einer Zerschlagung der Zentralisation dieser Facharbeitsnachweise gleichkommen würde. Die Vertreterversammlung war einmütig der Auffassung, daß mit allen Mitteln für die Beibehaltung des bisherigen Zustandes einzutreten werden müsse. Sie teilt hierbei zugleich auch die Ansicht aller Vertreter der Berliner Arbeitergewerkschaften.

Reichstagsabgeordneter Genosse Aufhäuser sprach sodann über das Thema „Wirtschaftskrise und Sozialreaktion“. Er legte nochmals eingehend die wirtschaftlichen Zusammenhänge dar, die aus dem Thema ersichtlich werden. Insbesondere wurde auch eingegangen auf die katastrophalen Wirkungen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise für die Angestellten, Wirtungen, die noch bedeutend vermehrt werden durch die Ergebnisse der Tätigkeit der Sozialreaktion.

In der sehr eingehend geführten Diskussion kam der einmütige Wille zum Ausdruck, alle Kräfte regsam werden zu lassen — gewerkschaftlich und politisch —, um die existenzvernichtenden Absichten des Unternehmertums zu zerschlagen.

In einer besonderen Funktionärerversammlung, die Mitte Juni stattfindet, werden die Hauptfunktionäre der freien Arbeiter- und Angestelltenvereinigungen diesen Willen deutlich zum Ausdruck bringen.

Dampferausflüge.

Etwas mehr Solidarität!

Vom Gesamtverband wird uns geschrieben: Der überzeugte organisierte Berliner in den freien Gewerkschaften, der SPD, dem Reichsbanner, der Konsumgenossenschaft usw. kennt bekanntlich keinen größeren Stolz als die Solidarität mit seinen übrigen Kampfgenossen.

Die im Gesamtverband organisierten Schiffsmanngschaften der Personenschifffahrt, die sich ohne Zweifel ebenfalls zu den überzeugten Kämpfern rechnen und häufig im harten Kampf gegen die reaktionären tariflosen Reedereien stehen, verlangen daher ebenfalls etwas mehr Solidarität von ihren Berliner Klassenossen. Wiederholt ist mitegeteilt worden, daß mit der besonders reaktionären Reederei Riet sowie mit Habling, Stern A. G., Schmidt usw. immer noch nicht ein tarifliches Abkommen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen besteht.

Leider wird dieses immer noch zu wenig von unseren Freunden beachtet. Da die krisitreuen Reedereien wie Bauer, Friedrichshagen, Langwaldt und Schmolke, an der Straßauer Brücke 8, und andere bereits mitgeteilt zu Pfingsten und auch in der übrigen Zeit Tourenverträge eingereicht haben, ist hier zu jeder Zeit Gelegenheit geboten, durch Benutzung dieser Schiffe seine organisierten Kampfesfreunde zu unterstützen. Die Fahrpläne dieser Reedereien werden zu jeder Zeit kostenlos abgegeben und sind auch an den meisten öffentlichen Anschlagtafeln ersichtlich. Bei Vereinsfahrten usw. erteilt auch der Gesamtverband, Bezirksverwaltung Mitteldeutsche Wasserstraßen, Berlin SO 16, Richardstr. 41, Fernsprecher 37 Jannowitz 6191 oder 5670, die notwendige Auskunft.

Rahmenvertrag für Angestellte bei Nordwest.

Einigung vor dem Schlichter.

Dortmund, 6. Juni.

Nach zweitägiger Verhandlung unter dem Vorsitz des Schlichters von Wessalen kam am 6. Juni zwischen den Parteien eine Einigung über den Rahmenvertrag der technischen und kaufmännischen Angestellten in der rheinisch-westfälischen Stahlindustrie, Gruppe Nordwest, zustande, die für zwei Jahre gilt. Die Regelung der Ueberarbeit ist die gleiche geblieben, so daß die Werke die Möglichkeit haben, zeitweise bis höchstens 54 Stunden je Woche arbeiten zu lassen, und zwar nicht nur für Ueberarbeit, sondern auch für einzelne Angestellte. Dagegen wurde die Bestimmung aufgehoben, nach der auch eine Ueberarbeit über 54 Stunden in der Woche über die gesetzlichen Bestimmungen hinaus angeordnet werden kann.

Der Urlaub der Lehrlinge wurde von bisher sechs Arbeitstagen im ersten Lehrjahre auf zehn, in den weiteren Lehrjahren auf acht Arbeitstage erhöht.

Steigende Arbeitslosigkeit in Polen.

Der Lodzer Industriebezirk hatte am 31. Mai eine Arbeitslosenziffer von 26743. Auf Lody selbst entfielen 2395 Arbeitslose. Von diesen werden nur 13242 unterstellt. Im Laufe der letzten Maiwoche sind wiederum 1160 Arbeiter erwerbslos geworden, während nur 240 in Arbeit kamen.

Diese Ziffern zeigen im Gegensatz zu den amtlichen Berichterstattungen, daß von einem Rückgang der Arbeitslosen in Polen keine Rede sein kann.

Für den Landarbeiterwohnungsbaue sind vom Reichsarbeitsminister nun endlich 25 Millionen zur Verfügung gestellt worden. Der Landarbeiterwohnungsbaue war völlig ins Stocken geraten.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Alle Gruppen geben auf Pfingstfest. — Kämpfe! Einmütig, den 2. Juni, Kommunistenvereinsfeier im Volkspark Jannowitz. Mitwirkende: Maria Joha (Frieda Jann), Schlichter der Fackel für Müll (Wolfgang Ortel), Berliner Fackel, Sprech- und Organisationsleiter der F. G. Berlin 21 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Verantwortlich für Inhalt: Dr. Carl Geiler; Wirtschaft: G. Klingebiel; Gewerkschaftsbewegung: J. Bieker; Revolution: A. A. Fiedler; Polizei und Spionage: A. K. K. K.; Anzeigen: A. K. K. K. in Berlin. Verlag: Fortwärts-Berlin G. m. b. H. Berlin. Druck: Germania-Druckerei und Betriebskassens-Bau-Gesellschaft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 2. Seite 3 Beilage.

Gase über Siemensstadt?

Metallschmelze durchsetzt die Luft mit Säure!

In Siemensstadt werden Gerüche verbreitet, daß bei der Verarbeitug eines Metalls in den Siemens-Betrieben Erstaunungen von Arbeitern durch giftige Metall-dämpfe und auch Befülligungen und gesundheitliche Schädigungen von Anwohnern vorgekommen seien.

Wie uns vom Betriebsrat der Siemens-Werke mitgeteilt wird, handelt es sich bei diesen Vorfällen um eine erst im vorigen Jahre errichtete Anlage zur Erzeugung des seltenen Berylliums, eines Leichtmetalls, das, in geringen Mengen mit anderen Leichtmetallen wie Aluminium usw. in Legierung gebracht, deren technische Eigenschaften verbessert. Das Beryllium, das zum größten Teil aus Lagerstätten in den Bergen des Bayerschen Waldes, zum Teil auch aus amerikanischen Fundstätten stammt, wird in dieser verhältnismäßig kleinen Anlage, die nur eine Belegschaft von zehn bis fünfzehn Mann hat, aufbereitet und geschmolzen. Aus dem geschmolzenen Erz wird durch Elektrolyse mit elektrischem Lichtbogen bei sehr hoher Temperatur (1300 bis 1400 Grad) das reine Metall, ähnlich wie bei der Aluminiumgewinnung, erzeugt. Da nun das Erz auch das Element Fluor enthält, das sich bei der Elektrolyse mit Wasserstoff zu der stark ätzenden Flußsäure verbindet, können die in den heißen Abgasen des Schmelzorganges enthaltenen Flußsäure-dämpfe ansehere und innere Schädigungen der Arbeiter hervorzurufen, wenn nicht für einwandfreie Luftreinigung und Neutralisierung der schädlichen Dämpfe an der Arbeitsstätte gesorgt wird.

Für diese gewerbetehygenischen Maßnahmen ist aber, wie uns der Betriebsrat auf das Bestimmteste versichert, ausreichend gesorgt. Durch starke Absaugvorrichtungen und eine Gaswäsche für die Abgase, die auf Verlangen der Betriebsvertretung noch Ende vorigen Jahres verbessert wurde, werden selbst die kleinsten Spuren der Flußsäuredämpfe und des bei der Verarbeitung entstehenden Berylliumstaubes und -dampfes beseitigt. Weder die Luft der Arbeitsräume noch etwa die Luft in den an den Betrieb angrenzenden Straßen kann durch die vielleicht noch vorhandenen Spuren der betreffenden Gase „vergiftet“ oder „verseucht“ werden. Die Arbeiter der kleinen Erzeugungsanlage, die über die Gefährlichkeit der verarbeiteten Stoffe unterrichtet wurden, sind mit Respirator (einer Art Gasmaske) und Gummihandschuhen ausgerüstet. Wegen ihrer Unbequemlichkeit haben einige Arbeiter diese Schutzmittel nicht benützt, besonders in der ersten Zeit, als selbst die Betriebskommission noch nicht genügend mit den Eigenschaften des Berylliums vertraut waren.

Man kennt das Beryllium zwar schon seit über 100 Jahren als silberweißes, aluminiumähnliches Metall, seine technische Verwendung beschränkte sich aber bis vor kurzem darauf, daß Spuren von ihm in der Seilherstellung vorhanden sind, und denen man die Gasgürteltrümper trinkt. Die jetzige neue Art der Verwendung geht auf Laboratoriumsversuche aus dem Jahre 1912 zurück, fabrikmäßig wird sie aber erst seit Beginn des vorigen Jahres betrieben. Eine Verzeu- und Chemikerkommission, die den neuerrichteten Betrieb besichtigte, fand keine Mängel in den hygienischen Schutzvorrichtungen, ebensowenig die Gewerbebehörde, die vom Betriebsrat benachrichtigt wurde, als ein Teil der Arbeiter an dem harmlosen, fünf bis sechs Tage dauernden, Beryllium-Haut-ausschlag erkrankten. Seitdem wird jeder der Arbeiter, der dieser neuen Abteilung zugeteilt wird, vor der Zuteilung und dann regelmäßig alle vier Wochen ärztlich untersucht und bei Erkrankung sofort in eine andere Abteilung überwiesen.

Aus Anwohnerkreisen der Siemens-Stadt wird uns folgende Darstellung gegeben:

In einem der Siemens-Gebäude, das angeblich an einen Chemiker verpachtet sein soll, werden irgendwelche chemischen



Mit überleuchtendem Arm umfängt der Rubiz Batus schönen Leib. Glänzend wie grüne Opale blitzen die Blätter der Palmen. Bäume und Häuser haben schärfere Umrisse als bei Tage, jetzt, zur Nachtzeit, wo des Mondes Scheibe hoch am Himmel steht. Ganz in der Nähe knaben Kiste im Walde, wie wenn ein Elefant oder ein Flußpferd durch das Dickicht bricht.

Aus der Ferne dröhnen die Trommeln der Eingeborenen her. Sie lärmten zum Tanz. Denn klar und kühl ist die Luft und der wilde Läubertuch lockt sein Weibchen mit schmeichelndem Ruf.

Ich gebe dem Hauptmann Antworten, wie es mir gerade einfällt, bald ja und bald nein.

Um meine Unaufmerksamkeit etwas zu bemänteln, beginne ich, ihm Komplimente zu machen, wenn einmal eine kleine Pause in seinem Bericht eintritt. Ich sage ihm Lobworte über seinen Kaffee, der den milden Geschmack, den starken Duft hat, die nur den Koffeepflanzen zu eigen sind, die frei in den Wäldern wuchern.

„Ach ja“, erwidert er, „es wäre wohl alles besser, wenn die Menschen der Natur nicht immer und überall Zwang auferlegen wollten. Diese Zivilisation! Ich kann Ihnen sagen! Mein Freund, der Postmeister in Bami, meint in Anbetracht der Ergebnisse, die die Zivilisation hervorgebracht hat, daß eine solche nur in unbewohnten Gegenden vorgenommen werden sollte. Jede Urvölkerung sollte ihr Leben unbeeinträchtigt von uns Weißen leben dürfen, denn unsere Zwangsmassnahmen, so meint er, müssen immer zur Folge haben, daß der Lebensnerd der Wilden über kurz oder lang zerstört wird, und er philosophiert weiter, daß der Welt mit jedem aussterbenden Urvolk ein zukünftiger Kulturfaktor verlorengeht. Ich dagegen bin der Ansicht, daß wir Europäer recht daran tun, zu kolonisieren, und daß wir sogar die Pflicht haben, unsere überlegene Kultur zu verbreiten. Allerdings nicht gerade durch die Mittel und in der Art und Weise, wie es jetzt nur zu oft geschieht. Wir lassen den

Wochenende in der Mark

Ausflüge in die weitere Umgebung

Drossen, die Maiblumenstadt

Der östliche Teil der Mark ist seit kurzer Zeit Touristenland geworden. Zwischen Drossen — nordöstlich von Frankfurt a. d. O. — und Toppert an der Frankfurt-Böckener Straße liegen einige Natursehenswürdigkeiten, die eines Besuches wohl wert sind. Bezeichnend ist hierfür wohl die Tatsache, daß einer jener Nachbarn, die als Generaldirektoren der heutigen Wirtschaftsführung das Tempo verleihten, sich in Scherzweisel einen von Blumen (3 Morgen großer Rosengarten und Orchideengewächshäuser) umgebenen Besitz geschaffen hat. Suchenreiche Wälder und teils felsige, teils romantische Seentetten machen das mit seinem alten Namen „Sternberger Land“ noch heute so genannte Gebiet zu einer einladenden Gegend, wo sich auch im rager werdenden Sommerfrischbetriebe ausdrückt. Für den eilig reisenden, aber aus Sparmaßregeln den D-Zug vermeidenden Besucher könnte die Reichsbahn etwas besser sorgen: der gegen 8 Uhr von Berlin abgehende Personenzug bleibt in Frankfurt 40 Minuten liegen — aus Betriebsgründen natürlich — ehe er nach Reppen weitergeht, von wo die Nebenbahn nach Drossen—Zielentz—Reiserig Weiterbeförderung übernimmt. Man kommt kurz nach 12 Uhr in Drossen an, hat also für 112 Kilometer vier Stunden gebraucht. Drossen, einst die alte Hauptstadt des Sternberger Landes, liegt in einem anmutigen Tale, dem die nach Norden fließende Lenze frische verleiht, so daß ein Kranz von Gärten die Stadt umgibt.



Alte Stadtmauer in Drossen

Experimente am Metall vorgenommen, wobei derart erhebliche, giftige Abgase entstehen, daß die Leute, die im Umkreis wohnen, hauptsächlich sind Frauen davon betroffen, unter vergiftungsähnlichen Erscheinungen zu leiden haben. Sie klagen über Uebelbefinden, Schwindelanfälle, Atemnot und Herzbeschwerden, ein fortwährender Hustenreiz fördert Auswurfzutage. Je nach der Konstitution und dem Alter der Betroffenen sind viele wochen- und monatelang bettlägerig gewesen und können sich überhaupt von ihrem erschöpften, ermatteten Zustand gar nicht mehr erholen. Dieses Marterium der davon Betroffenen dauert schon ungefähr 1 1/2 Jahre,

Im Norden und Osten von Waldhöfen umfäumt, im Südwesten mit einer jener Seentetten begnadet, die für das Sternberger Land so charakteristisch sind. Auf alter slawischer Grundlage begründet, wuchs Drossen — einst Dosa — „am Wege gelegen“ — genannt rasch in die Rolle einer Handelsstadt hinein, deren Bedeutung mit den wechselnden Zeitläufen sich wieder verlor. Aber die noch in vielen Teilen gut erhaltene Festungsstadtmauer zeigt, daß Drossen auch eine mehrfache Stadt gewesen ist. Der reiche Besitz an Wald sprich eben falls für die Bedeutung des älteren Stadtwesens. Tuchmacherei und Bierbrauerei sind verschwunden — der Betrieb naher Braunkohlen-gruben leidet unter der allgemeinen wirtschaftlichen Depression: das „blühende“ Gewerbe des jetzigen Drossen ist die Maiblumen-kultur. Nicht nur Großgärtner, sondern viele kleine Landbesitzer ziehen die fleckige Maiblume, die hier in Drossen nicht zur Blüte kommt — die in dreijähriger Kultur herangezogenen „Blüher“ werden von holländischen Aukturern nach Holland gebracht, um von dort die Reise nach Amerika anzutreten.

Wanderungen in den Anlagen, zu den Seen und in die städtischen Waldungen bieten Zerstreuung und Erholung. Ramentlich der nahe Köhse lohnt den Spaziergang, aber auch die weiter abliegenden Seen: Großer Kesseler, Greibensee, der Kleine und der große Zaack haben interessante Partien. Als Standort für Louren in das Sternberger Land verdient Drossen besondere Beachtung. Das ein Gewerkschaftshaus sich in dem „agrarischen“ Orte vorfindet, wird wachen Parteigenossen überrollen.

aber feiner wollte den Angeden machen, denn die Männer sind ja zumeist in den Werken beschäftigt, und wer wird heute im Höchstmaß der wirtschaftlichen Not, Kopf und Kragen riskieren. Als sich einige Frauen mit Bekleidungen an die Gesundheitsbehörde wandten, wurde durch diese veranlaßt, daß diese gefährlichen Abgase unterirdisch ihren Abzug finden. Trotzdem sollen dem Erdboden angeblich immer noch diese gefährlichen Gase entströmen; alle Fenster scheiben im Umkreis sind mit einer undurchsichtigen blauen Schicht überzogen und bunte Glascheiben zeigen helle Fleckchen. Die ärztliche Untersuchung der Anwohner ergab kein positives Resultat; der eine Arzt stellte Asthma, der andere eine

Schwarzen während der Kulturimpfung helfen und sie unterstützen, anstatt ihre Schwachheit dazu zu benutzen, sie niederzuschlagen und zu vernichten. So könnten wir im Laufe einiger hundert Jahre Völker aus ihnen machen, die uns ebenbürtig sind.

Mein verstorbenen Freund Knut Bredt würde mich allerdings schon auslachen, wenn er mich noch hören könnte. Sie wissen, er meinte nachweisen zu können, daß ein Bauarbeiter einem gewöhnlichen Hausierer näher verwandt ist, als einem von uns hochkultivierten Weißen.

Ja, er war sogar so paradox veranlagt, daß er vielleicht an dieser Eigentümlichkeit gestorben ist. Kolonisationstheorien kann jeder konstruieren, wie aber die Wirklichkeit hier bei uns aussieht, das soll Ihnen folgendes kleines Ereignis zeigen, das ich auf einer meiner letzten Reisen erlebte:

Vor dem Postmeister in Tagu steht ein angesehener Aboramböhauptling.

Der Weiße brüllt: „Hut ab, wenn du mit deinem Chef sprichst!“

Der Häuptling nimmt den Hut ab. Eine große Anzahl von Azandeern, Boten und Stationsarbeitern umgibt die beiden. Und daher beschließt der Postmeister, sich erst von seiner scherzhaftesten Seite zu zeigen, ehe er zu den Geschäften übergeht:

„Du hast doch die Augen eines Nachtraubiers, nicht wahr?! Kannst du den kleinen Hund sehen, der dort drinnen in dem Phonographen sitzt und heult?“

Der Eingeborene lächelt ein mattes Lächeln und verbeugt sich noch tiefer als vorher vor dem Weißen. Aber bei dieser Verbeugung ist es, als durchlaufe ein Zittern ihn, wie eine Stahlfeder zuckt und zittert ehe sie plötzlich zerpringt.

„Willst du mir das Aussehen dieses Hundes beschreiben?“

Der Häuptling sieht den Postmeister mit verschleiertem Blick an.

„Nun, wird's bald?! Er ist ganz klein, nicht wahr? Und schwarz, ebenso schwarz wie du!“

Ja, der Häuptling bestätigt, was der weiße Mann gesagt hat: der kleine Hund ist schwarz. Der weiße Mann lägt nie.

„Richtig, der weiße Mann lägt nie! Weiter sind alle Weißen gut und gerecht! Wiederhole!“

„Gut und gerecht!“

„Glaubst du, daß es von hier bis zur Sonne ebenso weit ist, wie von hier bis zu den großen Ebenen?“

Der Mann antwortet nicht. Da schreit der Weiße: „Warum schweigst du?! Aus Faulheit oder aus Wider-

spenstigkeit?! Und wo ist übrigens das Antilopenfleisch, das du mir zum Frühstück bringen solltest, dreckiger Reger?! Und wann hast du das letzte Mal Kautschuk und Träger geliefert? Schweigst du immer noch? Wags du es, deinem Chef mitten ins Gesicht hinein zu höhnen?!“

Der Postmeister versteht dem Häuptling einen Schlag ins Gesicht und läßt ihn ins Gefängnis abführen.

Ja, sehen Sie, dieser Mann, der Postmeister, handelt wohl so, weil er nicht anders kann! Vielleicht zwingt ihn der Instinkt dazu — wir erleben ein Beispiel von dem immerwährenden Kampf des gemeinen Volkes, des großen Hausens, gegen die geborenen Herren, die Auserlesenen. Und stets ist er der Verlierende, selbst wenn er seinen verhöhnten Gegner einsperren und mißhandeln läßt.

Ach ja, oft habe ich Unwissenheit, plebejische Machtgier und versteckten Rassenhaß so fein Spiel treiben sehen. Dieses Land wird zu einem großen Teil von Leuten regiert und verwaltet, die Unteroffiziere sind oder es waren. Überall schimmert der Haß der Mittelmäßigkeit hervor, der Haß gegen alles, das emporragt. Und alle strafen mit dem gleichen Vergnügen, das ein Polizist empfindet, der jemand „anhalten“ kann, der von Geburt, Erziehung oder Geist etwas Höheres ist als ein Unteroffizier — gleichgültig, welcher Farbe oder Rasse das Opfer angehört.

Ist Ihnen der Unterschied zwischen der Beamtenschaft einzelner anderer Kolonien oder derjenigen der unseren nicht aufgefallen? Dort werden vorzugsweise Männer mit eingehender Vor- und Ausbildung in die Ämter eingesetzt. Männer, auf die man bauen kann. Viel Macht wird ihnen in die Hand gegeben, aber sie tragen ebenso große Verantwortung, persönliche Verantwortung für ihre Handlungen.

Hier dagegen verwendet man als Beamte am liebsten unertüchtete Kreaturen, die oft von sehr geringer Bildung und Erfahrung sind, meist Individuen, die in ihrer Heimat nicht mehr ganz „sauber“ waren. Die lassen sich leicht kommandieren und kontrollieren. Und wenn sie es verstehen, die Eingeborenen genügend zu erpressen, verleiht man ihnen bald große ja ungeheure Macht und nimmt ihnen fast jegliche Verantwortung. Und wenn sie selbst raffinierte Grausamkeiten begehen, den Schwarzen fast das Blut auspressen, so mahlt die langsame Papiermühle die Tatsachen fein und immer feiner, bis nichts mehr übrig ist, wenn der zuständige Mann die Sache in die Hand bekommt. Wieviel Böses tun die Menschen einander! Mir scheint, daß das meiste davon unnötig geschieht. Und doch, es muß wohl so sein! So ist das Leben! So und nicht anders! (Fortsetzung folgt.)

Wageninfektion, der dritte ein Haskfeiden fest, da tatsächlich all diese Organe sehr stark geschädigt sind.

Nach der Wahrnehmung eines unserer Mitarbeiter befinden sich an den Fenster Scheiben und Glaswänden in der Umgebung der Berglithum-Anlage große weiße Netzwerke und rauhe Stellen, an denen bei farbigem Glas die Farbe zerstört ist und die sich nicht mehr putzen lassen. Diese auffällige Erscheinung deutet allerdings im Gegensatz zu den Mitteltungen des Betriebsrats auf eine in den Abgasen der Anlage noch vorhandene verhältnismäßig hohe Konzentration der stark giftigen und ätzenden Flußsäure hin, besonders, da dies die einzige Säure ist, die Glas so stark angreift und darum auch industriell in der Glasstechnik verwendet wird.

Die gegen die Siemens-Werke sich aus diesen Feststellungen ergebenden Vorwürfe bedürfen dringend der Klärung durch die verantwortlichen Stellen.

Starker Pfingstverkehr.

Reforderverkehr, erwartet. — Der Anstalt der Sommerferien

Das schöne warme Wetter hat den Pfingstverkehr bereits am Donnerstag in Bewegung gebracht. Neben den schulpflichtigen Zügen, die verstärkt gefahren wurden, mußten bereits am Donnerstag 15 Vor- und Nachzüge und drei Sonderzüge eingelegt werden, um alle Reisenden zu befördern. Meist vom Anhalter Bahnhof, vom Stettiner Bahnhof und von der Stadtbahn in Richtung Osten führen je vier Vor- und Nachzüge. Auch am Freitag herrschte auf den Fernbahnhöfen ein harter Verkehr: insgesamt 60 Vor- und Nachzüge ließen für Freitag bereit, davon 19 für den Verkehr von der Stadtbahn nach dem Osten, je 16 auf dem Anhalter und dem Stettiner Bahnhof, 7 von der Stadtbahn nach dem Westen, 6 auf dem Borsiger und 5 auf dem Potsdamer Bahnhof. Für den Pfingstsonntag erwartet die Reichsbahn Hochbetrieb. Mit 115 außerplanmäßigen Zügen hat sie dafür vorgesorgt. Im einzelnen stehen allein auf dem Stettiner Bahnhof 44 Vor- und Nachzüge bereit, auf dem Anhalter Bahnhof 22, der Stadtbahn nach dem Osten 18, nach dem Westen 10, auf dem Borsiger Bahnhof 11 und dem Potsdamer Bahnhof 10.

Nach den Beobachtungen dürfte der diesjährige Pfingstverkehr den des Vorjahres bei weitem übertreffen. Unter den diesjährigen Pfingstreisenden sind auch viele, die schon jetzt ihre Sommerreise antreten, da der zeitliche Abstand von den großen Ferien nur gering ist. Die Hauptferien in den Sommerferien wird also in diesem Jahre recht frühzeitig beginnen.

Berurteilte Standalmacher.

Rüpelmethoden der kommunistischen Bezirksverordneten.

In den Januar- und Februar-Sitzungen der Neuföllner Bezirksversammlung unternahm die kommunistische Störungsversuche und griffen im Laufe der Verhandlungen einige sozialdemokratische Bezirksverordnete sogar lässlich an. Nachdem die Bezirksverordneten Lange und Weise wegen der Zusammenstöße in der Januar-Sitzung zu Geldstrafen verurteilt worden waren, mußten sich jetzt wieder drei Kommunisten vor Gericht verantworten.

In der Sitzung am 19. Februar kam es wie gewöhnlich zu lebhaften Auseinandersetzungen, weil die Geschäftsordnung abgeändert werden sollte, um randolierende Bezirksverordnete aus der Sitzung entfernen zu können. Die Kommunisten säumten bei der Beratung dieses Antrages. Der Kommunist Sommer verließ während dieser Beratungen seinen Platz und schlug sich zu den Sitzbänken der sozialdemokratischen Fraktion. Nachdem er mehrmals versucht hatte, sich in die Diskussionen einzumischen, ging er plötzlich auf den Bezirksverordneten Egner zu, und schlug ihm ins Gesicht. So daß Egner durch die Wucht des Schläges taumelte und seine Brille verlor. Ein Anwalt des Arztes bestätigte am nächsten Tage starke Schwellungen im Gesicht. Alle Zeugen betonten übereinstimmend, daß Sommer brutal zugeschlagen habe. Der Staatsanwalt hielt als Sühne für diesen Rohheitsakt eine Geldstrafe für nicht ausreichend und beantragte wegen Körperverletzung in Tateinheit mit öffentlicher Beleidigung eine Gefängnisstrafe von fünf Monaten. Das Gericht verurteilte Sommer zu zwei Monaten Gefängnis.

Der Stadtverordnete Lange hatte in der gleichen Sitzung dem Stadtverordneten Gärtner ins Gesicht geschlagen. Gärtner hatte den Währungsantrag zur Geschäftsordnung begründet. Alle Zeugen, auch die der Rechtsparteien bestätigten vor Gericht, daß Lange plötzlich von seinem Platz aufstand, auf Gärtner trat und auf ihn einschlug. Der Staatsanwalt beantragte vier Wochen Gefängnis. Das Gericht erkannte auf 300 Mark Geldstrafe. Als Lange das Schlusswort erhielt, begann er sofort mit Beleidigungen gegen den Vorsitzenden, dem er Voreingenommenheit gegen die Kommunisten vorwarf, dafür wurde er zu einer Ordnungsgeldstrafe von drei Tagen Haft verurteilt, die er sofort nach Beendigung des Prozesses antreten mußte.

Auch die kommunistische Bezirksverordnete Wolter hatte in dieser Sitzung beweisen wollen, daß sie den sämtlichen Mitgliedern ihrer Fraktion nicht nachzustehen braucht und schlug auf den Bezirksverordneten Schulz ein. Sie erklärte vor Gericht, daß sie glaubte, ihrem Parteifreund Lange beizuspringen zu müssen, indem sie dem in ihrer Nähe sitzenden Schulz eine Ohrfeige gab. Wegen Körperverletzung in Tateinheit öffentlicher Beleidigung wurde auch sie verurteilt, und zwar zu einer Geldstrafe von 50 Mark.

Die Berliner Kommunisten haben von jeher Wert darauf gesetzt, das Klein, aber bei der Beratung von Einzelheiten so wichtige Parlament der Bezirke zu diskreditieren. Prügeleien und persönliche Anempfehlungen größter Art gehörten, besonders in der Neuföllner Bezirksversammlung, fast zur Tagesordnung, und es ist nur zu hoffen, daß den Herrschaften mit dem rüden Ton und der losen Hand (wazu natürlich auch die Nationalsozialisten gehören) durch energische Maßnahmen endlich das Handwerk gelegt wird.

Motorradunglück bei Wannsee.

Gestern Abend ereignete sich auf der Chaussee bei Wannsee ein schweres Motorradunglück, das ein Todesopfer forderte. Der 33jährige Beamte der Reichswehr von der Kraftfahrzeugabteilung IV in Münster, Siegfried Gerlach, der zurzeit in Döberitz stationiert ist, befand sich mit seinem Motorrad auf der Fahrt von Potsdam nach Wannsee. Auf der Höhe des Gollflüßes Wannsee wollte er in hoher Geschwindigkeit ein Auto überholen. Dabei fuhr er mit einem aus entgegengesetzter Richtung kommenden Privatauto zusammen. Das Motorrad wurde völlig zertrümmert. Der Fahrer wurde in hohem Bogen auf das Klavier geschleudert, wo er mit schweren Kopfverletzungen bewußtlos liegen blieb. Der Verunglückte wurde in das Städtische Krankenhaus nach Potsdam gebracht, wo er an den Folgen eines doppelten Schädelbruchs starb.

Die Drohbriefe an Groener.

Eine Offiziersfrau von Bedrohungsanklage freigesprochen.

Eine nicht alltägliche Affäre, die in Reichswehrkreisen spielte, fand vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte ihren Abschluß. Die Frau des Oberleutnants W. war angeklagt, in anonymen Briefen Mitglieder der Heeresausbildungsdirektion und einige Offiziere beleidigt und Urkundenfälschung begangen zu haben.

Ihr Mann, der Oberleutnant W., hatte mit Erfolg den ersten Ausbildungszug zum Generalstabler absolviert, mit weniger gutem Ergebnis den zweiten. Das junge Ehepaar — der Schwiegervater des Oberleutnants hatte in Deutsch-Östpreußen eine Malzfabrik — lebte fast die ganze Zeit voneinander getrennt, der Mann erhielt nacheinander Kommandierungen nach Bayreuth und Königsberg, nach München, nach Würzburg, nach Stettin und im Jahre 1928 wieder nach München und Stuttgart. In den letzten beiden Städten befand sich bei ihm nach Absolvierung des zweiten Lehrgangs auch seine Frau. Etwa am 4. August erfuhr der Oberleutnant, daß er zu den neun unter den zwölf Offizieren des zweiten Lehrgangs gehöre, die zum dritten abschließenden Lehrgang nicht zugelassen werden würde. Am 8. August ließ beim Reichswehrminister ein Brief ein, unterschrieben mit dem Namen eines der Teilnehmer des zweiten Lehrgangs, Gerth. Es hieß darin unter anderem: „Ich habe lange geschwankt, ob ich mich mit meiner Anliege an die höchste Stelle wenden soll. Ich spreche aber gewissermaßen im Namen vieler Offiziere. Ueberall spielen Beziehungen eine Rolle. Die Herren in Berlin werden aber wohl nicht wissen, in welchem Maße sie bei den Zulassungen zu den Lehrgängen mitbestimmend sind. Es wird dann dem Leiter des Lehrgangs, dem Major Schubert, der Vorwurf der Unfähigkeit und der Bevorzugung einzelner Offiziere aus persönlichen Gründen gemacht. Am 7. September erhielt der Mann der Angeklagten einen Brief, in dem ihm ehrliches Ver-

halten vorgeworfen wurde; er und die anderen schwiagen und vereitelten dadurch die Möglichkeit, die Wahrheit aufzudecken. Am 22. Oktober erhielt der Reichswehrminister einen dritten Brief, dessen Schreiber sich als Drucker bezeichnete und mitteilte, daß er 1000 Flugblätter in Druck bekommen habe, in denen der Reichswehrminister äußerst scharf angegriffen werde. Er, der Briefschreiber wolle ihm Gelegenheit geben, vor Drucklegung in den Inhalt des Flugblatts Einblick zu nehmen. Die Anklage erblickte übrigens in diesem Brief Nötigung und Bedrohung.

Die beiden ersten Briefe waren nicht von dem Offizier Gerth geschrieben. Der Verdacht, die Briefschreiberin zu sein, fiel aus verschiedenen Gründen auf die Frau des Oberleutnants W. Eine Hausdurchsuchung ergab nichts Belastendes. Bei ihrer Freundin in Berlin stellte man jedoch einen Brief fest, der mit der gleichen Schreibmaschine geschrieben sein mußte, wie der Brief des Druckers. Beim Vater der Frau W. fand man auch die Schreibmaschine mit den in Frage kommenden Typen. Die Schreibmaschinensachverständigen behaupteten, daß sämtliche Briefe mit dieser Schreibmaschine geschrieben sein müßten. Die Buchstaben waren aufs Zehnfache vergrößert worden, die Abnutzung der einzelnen Typen ließen bei Nachprüfung keinen Zweifel darüber, daß die Briefe mit dieser Maschine geschrieben sein müssen. Frau W. erklärte jedoch, überhaupt keinen Grund gehabt zu haben, die Briefe zu schreiben. Ihr habe an der Beförderung ihres Mannes zum Generalstabsoffizier nichts gelegen. Und ihr Mann sagte vor Gericht aus, daß er der ständigen Kommandierungen müde, nichts sehnlicher gewünscht habe, als in Deutsch-Östpreußen seine Wohnung behalten zu können. Auch seine Kameraden bestätigten das.

Der Staatsanwalt glaubte den Behauptungen der Angeklagten nicht. Er hielt sie für überführt und beantragte zwei Monate Gefängnis. Das Gericht kam aus Mangel an Beweisen zum Freispruch.

Zurück aus Amerika.

Zeppelin wieder in Friedrichshafen gelandet.

Friedrichshafen, 6. Juni.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist nach glücklicher Vollendung seiner ersten Südamerikafahrt heute Abend um 19,21 Uhr hier wieder glatt gelandet.

Unsere werten Leser und Freunde werden gebeten, in allen Gaststätten, Kaffeehäusern, Zeitungverkaufsstellen usw., sowohl in Groß-Berlin als auch im Reich und im Ausland, ausdrücklich den

„VORWÄRTS“ und den „ABEND“

zu verlangen. Das Parteiinteresse fordert, überall für die Parteipresse zu werben und das Auslegen des Zentralorgans der SPD. in allen Verkaufsstellen zu veranlassen. Sollte der „Vorwärts“ an Kiosken, Bahnhofsbuchhandlungen usw. nicht erhältlich sein, so wären wir für entsprechende Mitteilung dankbar

„VORWÄRTS“-VERLAG

Berlin SW 68, Lindenstr. 3 / Fernspr. Dönhoff 292-297

„Deutschland erwache.“

Nationalsozialistische Versammlungsprenger vor Gericht.

Vor dem Einzelrichter Schöneberg begann die Verhandlung gegen die Nationalsozialisten, die am 4. April d. J. die demokratische Versammlung in der Hohenzollernschule in Schöneberg gesprengt haben.

Das Thema der Veranstaltung lautete „Der Nationalsozialist als schlimmster Feind des Nationalismus“. Demzufolge hatten sich die nationalsozialistischen Sturmtruppen zu einer groß angelegten politischen Aktion in dem Versammlungslokal eingefunden. Einige der Führer hatten es sogar verstanden, auf dem Podium Platz zu nehmen. Während der Rede des Abgeordneten Ruskke ging dann der Klamauk los. Zuerst gab es provozierende Zwischenrufe, dann wurde auf Kommando im Chorus geschrien: „Judas“, während ein anderer Sprecher darauf mit „verrecke“ reagierte. Oder: der eine rief „Deutschland“, während der andere mit „erwache“ antwortete. Zwischendurch wurden nationalsozialistische Lieder gesungen. Nach Ruskke erhielt Freiherr von Richthofen das Wort. Er kam kaum zum Sprechen. Die Versammlung mußte vorzeitig abgebrochen werden. Beim Räumen des Saales ging der Klamauk erst recht los. Die Nationalsozialisten stürmten zur Tribüne, gingen gegen Ruskke und Richthofen vor. Vom Podium her wurden Rufe laut: „Hier bleiben“, „weitergehen“ usw.

Das Amtsgericht verurteilte die Angeklagten Ruskke zu 15 Mark, Lantow zu 75 Mark und Bachem zu 50 Mark Geldstrafe wegen Hausfriedensbruch und den Angeklagten Ruskke zu 20 Mark Geldstrafe wegen Beleidigung. Die übrigen vier Angeklagten wurden freigesprochen.

Großer Waldbrand im Grunewald.

Gestern nachmittag brach im Jagen 98 des Grunewalds großes Feuer aus. Vermutlich durch die Unvorsichtigkeit von Ausflüglern, Feuer aus. Als die Feuerwehr auf den Alarm mit vier Löschzügen anrückte, hatten die Flammen bereits eine 13jährige Nichtenwohnung in einem Umfang von nahezu 10 Morgen erfaßt. Die Löscharbeiten gestalteten sich infolge der ungeheuren Hitze sehr schwierig und erst nach mehrstündiger Tätigkeit gelang es, durch Aufwerfen von Gräben den Brandherd einzukreisen. Der Schaden ist erheblich.

Aus der Gemeinwirtschaft der deutschen Städte. Aus der Feder des Genossen Paul Robinson ist in der neuesten Nummer der „Kommunistenblätter der S.D. Berlin“ ein sehr beachtenswerter Beitrag: „Aus der Gemeinwirtschaft der deutschen Städte“ erschienen, der eine vergleichende Uebersicht über die Ge-

Wasser- und Elektrizitätsversorgung in 94 deutschen Städten bietet und ein bedeutendes Material in einer bisher noch nicht gebotenen Uebersichtlichkeit verarbeitet hat.

Selbstmord mit Schreden.

Blutiger Vorfall auf dem Hakensee im Lunapark.

Gestern Abend spielte sich im Lunapark in Hakensee zwischen zwei angestellten Handwerkern ein blutiger Vorfall ab, der in seinen Einzelheiten noch der polizeilichen Klärung bedarf.

Nach Schluß des großen Feuerwerks ruderten der 27jährige Elektrotechniker Beddis und der 27jährige Schlosser Erman Gottka in einem Kahn auf den See hinaus, um an der sogenannten „Wasserfontäne“ eine Montage vorzunehmen. Ploötzlich trachlen vom See her mehrere Schüsse, denen unmittelbar darauf gellende Hilferufe folgten. Beddis war, wie später festgestellt wurde, mit Gottka in Streit geraten, in dessen Verlauf er eine Pistole hervorholte und auf seinen Kollegen vier Schüsse abgab, von denen einer in den Bauch traf. Als B. sah, was er angerichtet hatte, schah er sich eine Kugel in die Schläfe. Dabei stürzte er über den Rand des Kahn und versank in den Fluten. Seine Leiche konnte später geborgen werden. Der schwerverletzte Gottka fand im Bestenkrankenhause Aufnahme.

Offenbar muß sich Beddis schon seit einiger Zeit mit Selbstmordgedanken getragen haben, denn er hatte heute seinen Eltern einen Zettel hinterlassen, auf dem er mitteilte, daß er Schluß machen werde und daß man ihm seinen Schritt verzeihen möge.

Brückeneinsturz bei Turin.

Acht Arbeiter erschlagen.

Turin, 6. Juni.

In der Nähe von Cuneo ist beim Bau einer Eisenbahnbrücke über den Fluß Stura ein Brückenausschnitt zusammengestürzt. Neun Arbeiter wurden in die Tiefe gerissen. Acht von ihnen wurden getötet, der neunte wurde lebensgefährlich verletzt. Zur Bergung der Leichen wurden Truppen und Pölsel aufgeboten. Um die Leichen der Arbeiter zu bergen, mußte der Fluß zum Teil trockengelegt werden. Die Ursache des Einsturzes konnte noch nicht festgestellt werden, doch haben die Behörden zunächst einmal die drei verantwortlichen Bauleiter verhaftet.

Lübeck und die Schuld der Ärzte.

Die Säuglingstragödie von Lübeck hatte am 2. Juni im Saalbau Friedrichshain ungefähr 2000 Personen zu einer machtvollen Kundgebung zusammengeführt. Einberufen waren die größten Verbände für Volksgesundheitspflege und Reformheilweise. Nachdem der Berliner Arzt Dr. med. Staffelt die ärztlichen Fragen beleuchtete, die das Lübecker Unglück aufgeworfen, berichtete der Reichstagsabgeordnete Behold von der tiefen Beunruhigung in den Kreisen der Abgeordneten aller Parteien. Man dürfe das Vertrauen haben, daß Regierung und Reichsvertretung durch sofort zu bildende Ausschüsse eine restlose Aufklärung über die Lübecker Vorgänge schaffen würden. Rechtsanwalt Dr. jur. et. phil. Erich Frey stellte fest, daß es gar nicht so wichtig sei, ob die Calmette-Bazillen oder die Lübecker Präparate schuld an dem Unglück seien. Schuld sei das System. Eine große Schuld der Ärzte liege darin, daß sie die Eltern, die zur Einwilligung in die Tuberkulinfütterung herbeigeführt wurden, nicht über das Risiko aufklärten, mit dem dieser Versuch verbunden ist. Er verlangte Entschädigung der schwergeprüften Eltern. Nach langer erregter Aussprache wurde eine Entschädigung angenommen, in der unachtsamliche Bestrafung der Schuldigen gefordert und gegen die Experimentierlust einseitig bakteriologisch gerichteter Ärzte, die, unter Berufung auf die Wissenschaft, Leben und Gesundheit der Patienten bedroht, protestiert wird. Man verlangt von den Behörden unbedingten Schutz des Rechts der Kranken und sichere Gewähr dafür, daß sich die Tragödie von Lübeck niemals wiederholen kann. Es wird die Einbringung eines Gesetzentwurfs verlangt, in dem verboten wird, Krankheitserreger irgendwelcher Art dem Kranken oder Gesunden zum Zwecke angeblicher Heilung beizubringen.

Die juristische Sprechstunde fällt heute und am Dienstag, dem 10. dieses Monats, aus.

Das Blasorchester des Reichsbanners Friedrichshain veranstaltet am Pfingstsonntag ein Nachmittagskonzert in den Seeterrassen Lichtenberg, Roederstraße 11-13. Beginn 3 Uhr (15 Uhr).

Kann Deynhausen Nutzen stiften?

Nur für die Montankonzerne, die es nicht brauchen.

Die westliche Schwerindustrie, unter der wir, ohne einen großen Fehler zu begehen, die sechs führenden Konzerne an der Ruhr, Vereinigte Stahlwerke, Krupp, Mannesmann, Klöckner, Hoersch und Gute-Hoffnungshütte verstehen dürfen, führt gegenwärtig einen neuen Kampf gegen den Lohn und die Arbeitsbedingungen des deutschen Metallarbeiters. Sie gibt zu, daß sie diese Angriffsrichtung aus taktischen Gründen wählt. Die Angriffe des Industriekapitals auf den Etat und die Sozialversicherung sind durch unabwehrbare Widerstände, die in der Sache selbst liegen, gehemmt. Die Punkte des schwächsten Widerstandes gegenüber dem Angriff des Kapitals liegen nach Auffassung des Arbeitgeberverbandes der Gruppe Nordwest der Schwerindustrie heute in der Lohnseite der Wirtschaft. Die Senkung der Löhne in der westlichen Schwerindustrie soll das Signal für eine allgemeine Lohnsenkung werden. Mit der Senkung des Metallarbeiterlohnes für 200 000 Arbeiter des industriellen Westens soll die gegenwärtige Wirtschaftskrise zur Wendung zum Aufstieg gebracht werden.

Wir wollen uns hier nicht auf eine theoretische Auseinandersetzung einlassen, ob eine Schwächung der Klassenkraft um Millionen den Anfang einer Krisenbehebung machen kann. Wir wollen hier lediglich an Hand der

Bilanzen der führenden Konzerne

untersuchen, mit welcher Kapitalkraft sie in die Krise eintreten, wie sich Gewinn, Ertrag, Arbeitslöhne usw. auf die Konzerne verteilen, welche Bedeutung endlich die beabsichtigte Lohnsenkung im Rahmen dieser Ertragslage haben würde. Es fällt dabei nicht allzusehr ins Gewicht, daß Hoersch, Klöckner, Gute-Hoffnungshütte ihre Bilanz im Juni 1929, Vereinigte Stahlwerke und Krupp im September und Mannesmann im Dezember 1929 abschlossen. Die Konjunktur der westlichen Industrie beginnt erst im Februar zu weichen und der Mannesmann-Abschluß zeigte zudem ein außergewöhnlich gutes Ergebnis. Jede Auseinandersetzung um Lohn und Ertrag der Wirtschaft sollte sich trotz aller Gegenpflichtigkeit der Auffassungen auf die realen Ertragskräfte der Produktion stützen.

Kapitalkraft und Leistungen der führenden Konzerne bei Eintritt in die Krise. (Alle Summen in Millionen Mark.)

Konzern	Aktienkapital	Bilanzkapital	Umsatz	Gesamtertrag	Rohgewinn	Reingewinn
Stahlverein	800,0	2 145	1 445	789,9	288,9	52,7
Krupp	160,0	475	400*	189,0	49,1	10,9
Mannesmann	185,0	251	220*	100,6	44,1	16,0
Klöckner	110,0	234	230*	112,6	37,5	8,1
Hoersch	71,4	179	147	74,9	21,3	5,4
Gutehoffnung	60,0	159	219	102,3	17,9	3,9
Insgesamt	1 386,4	3 441	2 661	1 369,6	458,8	97,0

* Auf Grund des Umsatzes der übrigen Konzerne geschätzt.

Der Umsatz für Mannesmann, Krupp und Klöckner mußte auf Grund der Umsätze der übrigen Konzerne geschätzt werden, da die Bilanzen keine Angaben brachten. Unter dem Gesamtertrag sind neben dem Rohgewinn die Arbeitslöhne zu verstehen, die gleichfalls für die genannten Konzerne aus der Belegschaftsziffer und dem Durchschnittseinkommen pro Person der übrigen Konzerne errechnet werden mußten.

In abgerundeten Ziffern ergibt sich also, daß mit einem Aktienkapital von 1,4 Milliarden ein Bilanzkapital von 3,4 Milliarden in Bewegung gesetzt wurde. Die Arbeit dieses Kapitals ergab einen Umsatz von 2,7 Milliarden. Davon als verteilungsfähiger Ertrag 1,4 Milliarden, aus dem sich ein Rohgewinn von 0,5 Milliarden und ein Reingewinn von 0,1 Milliarden heraushebelte. Das Aktienkapital setzte die 2,5fache Summe des Eigenwerts in Bewegung, wurde zweimal umgeschlagen und brachte einen verteilungsfähigen Ertrag von der Höhe des Eigenkapitals herein. Nach Abzug der Löhne und Gehälter blieb noch ein Rohgewinn von 33% Proz. und ein Reingewinn von reichlich 6 Proz. des Aktienkapitals. Ein gutes Ergebnis.

Verteilung des Gesamtertrags bis zum Reingewinn. (in Millionen Mark.)

Konzern	Belegschaftsziffer	Lohn und Gehälter	Gesamtertrag	Steuern	Rücklagen
Stahlverein	192 000	501,0	57,1	61,6	95,4
Krupp	52 000	140,0	17,3	15,6	42,7
Mannesmann	20 931	56,5	6,0	9,2	19,8
Klöckner	27 924	75,4	7,9	8,0	6,1
Hoersch	15 780	53,6	5,1	3,5	5,4
Gutehoffnung	32 895	84,4	9,9	9,1	11,0
Insgesamt	341 520	910,9	103,5	107,0	133,5

Bei dem Lohn- und Gehaltskonto ist zu beachten, daß es die Gesamtsumme aller Lohn- und Gehaltszahlungen der Konzerne darstellt. In ihm sind also auch die Löhne und Gehälter der leitenden Angestellten und Direktoren miteinbezogen, die im Durchschnitt das Zehnfache des Arbeiterlohns, in Einzelfällen das Mehrfache darstellen. Die Vereinigten Stahlwerke rechnen mit einem Durchschnittsjahreseinkommen von 2686 Mark, Hoersch mit 2766 Mark, die Gute-Hoffnungshütte mit 2567 Mark pro Kopf der Belegschaft.

In übersichtlicher Schätzung verteilt sich das Lohn- und Gehaltskonto auf die einzelnen Arbeiter- und Angestelltenengruppen folgendermaßen:

Gruppe	Kapital	Proz.	Durchschnittseinkommen Lohn- und Gehaltskonto
Metallarbeiter	210 000	61,8	2 500 M. 520 Millionen
Bergarbeiter	96 000	28,2	2 500 - 240
niedere Angest.	31 600	9,0	2 500 - 79
höhere Angest.	3 400	1,0	20 000 - 71
Insgesamt	340 000	100,0	2 676 M. 910 Millionen

Den Bilanzen der großen Konzerne nach machen Löhne und Gehälter 66,5 Proz. des Gesamtertrages, der Rohgewinn 33,5 Proz. aus Reingewinn (7,1 Proz. des Gesamtertrages), soziale Aufwendungen (7,5 Proz.), Steuern (7,9 Proz.) nehmen 22,5 Proz. des Reingewinnes in Anspruch so daß für Vergütung und Rücklagen 11 Proz. bleiben. Der reine Kapitalgewinn liegt reichlich über 10 Proz., da auch noch ein Teil der sozialen Aufwendungen und der Rücklagen als reines Kapital im Betriebe bleibt. Was bedeutet angesichts dieser für eine „Krise“ ausgezeichneten Bilanzergebnisse der Schwerindustrie

die geplante Lohnsenkung des Deynhauser Schiedsgerichtes für die Industrie und den Metallarbeiter?

Der tatsächliche Stundenlohn des Metallarbeiters schwankt im günstigsten Falle zwischen 0,90 und 1,05 Mark. Bei

einer Wochenleistung von 53 Stunden ergäbe das einen Wochenlohn von 47,70 bis 53,85 Mark. Bei 210 000 Metallarbeitern eine wöchentliche Lohnsumme von 9 bis 11,7 Millionen Mark. Bei 51 Arbeitswochen im Jahre wäre mit einem Lohnkapital von 450 bis 597 Millionen Mark zu rechnen. Eine zehnprozentige Senkung der Lohnsumme würde eine Verminderung dieses Betriebskapitals um 45 bis 60 Millionen bringen; das ist ein Betrag, der auf die Ermäßigung der Gesamtkosten der Schwerindustrie von geringem Einfluß ist. Vom Aktienkapital würde er rund 3 Proz., vom Bilanzkapital 1,5 Proz., vom Umsatz 2 Proz., vom Gesamtertrag ebenfalls rund 3 Proz. ausmachen. Allerdings vom Rohgewinn 13 Proz. und vom Reingewinn reichlich 50 Proz. Das erweckt stark den Eindruck, daß die Lohnsenkung auf diese Kosten abgestellt ist, zumal die angekündigte Preisentwertung sich auf das Ausmaß der Lohnersparnis beschränken soll.

Für die Schwerindustrie bedeutet demnach diese Lohnsenkung im Grunde nur eine agitatorische Geste, die auf den Produktionsprozeß nur von geringem Einfluß ist. Für den Metallarbeiter bedeutet sie die Einschränkung seiner Kaufkraft um 10 Proz. Im weiteren Verfolge heißt diese Lohnsenkung eine Schwächung auf dem Lebensmittel-, Textil- und Baumarkt, eine Verschärfung der Krise der Konsumgüterindustrien.

Auslandsanleihe des Reiches?

Zur Förderung der Notstandsarbeiten.

Die Sozialdemokratie hat dagegen protestiert, daß im Reichs-etat die Mittel für die Durchführung von Notstandsarbeiten gekürzt werden sollen. Die Entwicklung hat der Sozialdemokratie leider hundertprozentig recht gegeben. Das Reichskabinett ist gezwungen, in umfassender Weise die Vergabung von Sonderaufträgen zur Verringerung der Arbeitslosigkeit zu fördern, wobei freilich mehr Worte als Taten bisher erkennbar geworden sind. Begreiflich, daß in diesem Zusammenhang in der Presse Redungen darüber auf-tauchen, daß das Reich um die Beschaffung von Anleihen — man spricht auch von Auslandsanleihen — für die stärkste Förderung der Notstandsarbeiten bemüht sei.

Für abwegig halten wir die Vermutung, daß die von der Deutschen Bau- und Bodenkreditbank A.-G. eventuell durchzuführende hypothekarische Beileihung des Westvermögens des Reiches, über die wir früher berichtet haben und aus der man 35 bis 40 Millionen Mark zunächst zu erzielen hofft, zur Finanzierung von Notstandsarbeiten dienen sollen. Wahrscheinlich ist ein anderer Weg. Das Reich hat erhebliche Darlehensforderungen im Betrage von mehr als 300 Millionen Mark (die Länder etwa ebensoviel) aus früher vergebenen Notstandsdarlehen an öffentliche und private Stellen. Diese Darlehen können als Grundlage dazu benutzt werden um eine im Betrage natürlich erheblich geringere Anleihe- oder Auslandsanleihe der Vergütung und Tilgung nach oder garantiemäßig zu sichern. Dabei ist freilich zu berücksichtigen, daß wahrscheinlich ein hoher Prozentsatz dieser Darlehen nicht ohne weiteres zu mobilisieren sein würde. Immerhin wäre eine Anleihekonstruktion auf dieser Grundlage möglich. Die Durchführung einer solchen Anleihe ist aber schon seit Monaten geprüft worden und nur der Druck, sie praktisch werden zu lassen, hat sich jetzt in besonderer Weise verschärft. Es wäre erfreulich, wenn das entstandene Loch in den Notstandsarbeiten durch eine solche Anleihe, die man bei ihrem produktiven Charakter nicht groß genug wünschen kann, bald ausgefüllt würde. Falls sie im Ausland untergebracht werden sollte, müßte freilich erst die bis zur Unterbringung der Reparationsanleihe bestehende Sperre aufgehoben werden.

Eine Mitteilung des Amtlichen Preussischen Pressedienstes besagt, daß im ersten Vierteljahr 1930 gegenüber der gleichen Zeit früherer Jahre wieder ein ganz erheblicher Rückgang in der Zahl der beschäftigten Notstandsarbeiter zu verzeichnen war, der mit der weitgehenden Sperre von Reichs- und Staatsmitteln für diese Arbeiten zusammenhängt. Im Januar wurden in Preußen täglich 5572, im Februar 4825 und im März 5972 Notstandsarbeiter beschäftigt, insgesamt wurden im ersten Quartal 304 776 Arbeitslosengemerkte von diesen Notstandsarbeitern geleistet, und zwar in der Hauptsache bei Restaurations-, Straßenbau-, Kraftfahrzeuganlagen und sonstigem Tiefbau.

Widerstandskraft der Konsumvereine.

Zentralverband berichtet über erstes Krisenquartal 1930.

Der Zentralverband Deutscher Konsumvereine hat eine Statistik über die Konsumentwicklung im ersten Quartal 1930 veröffentlicht. Bei 582 berichtenden Vereinen mit über 400 Mitgliedern stieg die Zahl der Mitglieder auf 2 970 120 am 31. März 1930 gegen 2 909 624 am 31. Dezember 1929. Der Umsatz der berichtenden Vereine betrug im ersten Quartal 287 Millionen gegen 338 Millionen im vierten (Weihnachts-) Quartal des vorigen Jahres und gegen 288 Millionen im entsprechenden ersten Vierteljahr 1929. Eine absolute Steigerung der Umsätze liegt also nicht vor; mit Rücksicht auf die trostlose Wirtschaftslage im ersten Quartal ist die Aufrechterhaltung des Umsatzes aber ein Beweis für die Widerstandskraft der Vereine, für ihre Werbekraft und das unerschütterliche Vertrauen der Mitglieder. Die Preisentwertung hat natürlich ebenfalls zur Stabilisierung des Umsatzes beigetragen.

Die Geschäftsguthaben der Mitglieder sind gegen das vorhergehende Quartal von 59,5 auf 62,3 Millionen Mark gestiegen. Die Rücklagen aller Art haben sich von 59,4 auf rund 62 Millionen Mark erhöht. Die Warenschulden der Konsumvereine bei ihren Lieferanten sind von 62,7 auf 52,7 Millionen zurückgegangen. Die Spareinlagen der Vereine haben sich von 372 auf 388 Millionen vermehrt. Das Vertrauen in die Sicherheit der Konsumvereine ist bei den Mitgliedern unerschütterlich. Die Guthaben der Vereine bei der Bankabteilung der GEG. sind von 122 auf 143 Millionen, also um den vollen Betrag der Einlagenvermehrung gestiegen. Die Einkäufe der Vereine bei der GEG. verbesserten sich gegenüber dem ersten Quartal 1929 von 39,7 auf 41 Proz. der Vereinsumsätze. In den eigenen Fabriken der GEG. erhöhten sich die Einkäufe der Vereine zum ersten Male über 26 Proz. der Vereinsumsätze hinaus.

Die angekündigte Eisenpreiserhöhung wird die Krise dieser Industrien nicht beheben. Die Senkung der Eisenpreise erweist sich zunächst im Ablauf der Konjunktur als notwendig. Auf die Preise des Kleinhandels ist sie zunächst völlig einflusslos. Senkungen der Großhandelspreise, das beweisen die Preisbewegungen des Weltmarktes und insbesondere der Getreidemärkte, sind auf den Kleinhandel so gut wie einflusslos. Eine konjunkturottonwendige Preisentwertung, die für den Verbraucher kaum Verbildung seiner Lebenshaltung bedeutet, wird hier als agitatorische Geste verstanden.

Die agitatorische Absicht wird vollends klar, wenn man weiß, daß die hohen Gewinne der Schwerindustrie nicht einmal bei der Urzeugung, sondern bei der Weiterverarbeitung, bei der Erzeugung von Nebenprodukten und bei den Handelsgesellschaften liegen. Die Abrechnung dieser Gruppen erscheint noch nicht einmal in den Hauptbilanzen der Konzerne.

Eine Senkung der Preise ist in der Weiterverarbeitung, wie ausdrücklich mitgeteilt wurde, nicht beabsichtigt.

Lohnsenkung und Preisermäßigung in der Eisenindustrie halten als krisenbehebende Mittel einer ernsthaften Prüfung nicht stand. Sie erweisen sich als agitatorische Mittel einer Industrie, die in die Krise, ihren eigenen Abrechnungen nach, mit erheblicher Kapitalkraft eingehen. Während der Arbeitsmarkt, die Konsumgüterindustrie, die Konsumgüterindustrien unter schwerstem Krisendruck stehen, macht die Schwerindustrie wohl eine Krise ihres Absatzes, aber keine Krise ihres Anlage- und Betriebskapitals durch. Dieser Festigkeit der inneren Kapitalanlage sollte man durch Festigkeit in der Lohnpolitik begegnen und nicht agitatorischen Gesten nachgeben. Das Arbeitsministerium hat zu zeigen, daß es wirtschaftliche Realitäten höher bewertet als agitatorische Gesten.

Angeichts der Vermästung des Massenhaushalts durch das rückgängige Arbeitseinkommen sind alle diese Ziffern Beweise für neue Erfolge der Konsumvereine. Je größer die Not der Massen, um so größer die Treue für den konsumgenossenschaftlichen Gedanken. Man wird in der Privatwirtschaft suchen müssen, um Betriebe zu finden, bei denen sich der Umsatz ungeschmälert aufrecht erhalten ließ.

Fortschritte bei der Luftbanfa.

In der Generalversammlung der Deutschen Luftbanfa A.-G. wurde mitgeteilt, daß die Umstellung im Jahre 1930 planmäßig fortgeführt werde. Gegen 1929 seien die beflogenen Strecken bis 300 Kilometer um etwa 25 Proz., die mittleren Strecken von 300 bis 700 Kilometer um 10 Proz. eingeschränkt worden; dagegen sind die großen Strecken über 700 Kilometer, die die beste Ausnutzung durch Passagiere und Frachten aufweisen, um 20 Proz. vermehrt worden. 1930 werden als neue Nachtstrecken Hannover-Köln-London, Hannover-Köln-Paris und Berlin-Halle bzw. Leipzig gestiegen. Statt 63 im Jahre 1929 werden 1930 nur noch 52 deutsche Häfen angefliegen, während die Zahl der angefliegenen ausländischen Häfen von 21 auf 26 steigt. Die Betriebseinstellung wird insofern beträchtlich gesteigert, als 1930 auf etwa 5000 Kilometer ein Angestellter und Arbeiter entfallen wird, gegen 4000 Kilometer im Jahre 1929. Weiter wird sich die Kilometerbeschäftigung pro Maschine in diesem Jahre von 53 250 auf 61 350 Kilometer erhöhen. Bemerkenswert ist der verhältnismäßige Rückgang des Anteils der Personenbeförderung gegenüber den Frachten und Postflügen: 1928 war das Verhältnis von Fracht, Post, Passagieren noch 1:2,1:6,2, 1930 dagegen bereits 1:2,3:3,4.

Öffentliche Betriebsenquete.

Reichsrat erstreckt die Untersuchung auch auf Privatbetriebe.

Der Reichsrat hat das von der Reichsregierung vorgelegte Gesetz über eine Untersuchung der öffentlichen Betriebe zur Klärung der Besteuerungsfrage angenommen und in einem wichtigen Punkte ergänzt. Entsprechend dem Wunsch des Reichswirtschaftsrats und der Forderung der Sozialdemokratie wird in einem Zusatz bestimmt, daß auch die privaten Betriebe in die Untersuchung einbezogen werden sollen, soweit dies zur Herstellung von Vergleichen notwendig ist und die Steuerlasten nicht zureichen. Damit dürfte auch die Voraussetzung gegeben sein, in die so heftig umstrittene Frage der größeren Wirtschaftlichkeit in öffentlichen oder privaten Unternehmungen neue Einblicke zu gewinnen, eine Frage, deren Klärung von der Privatwirtschaft keineswegs gern gesehen wird, weil sich mit bloßen Behauptungen über die Unwirtschaftlichkeit öffentlicher Unternehmungen politisch leichter Schaum schlagen läßt.

Die neuen Zundholzpreise in Kraft. Ab 1. Juni ist das Zundholzmonopolgesetz in Kraft getreten. Eine Verordnung vom 6. Juni hat den Kleinhandelspreis für ein Paket Zundholz mit 10 Schachteln auf 35 Pf. festgelegt, der Uebernahmepreis für eine Normpackung beträgt 145 Mark, der entsprechende Monopolpreis 290 Mark.

Die 120 Millionen Mark für Reichspostaufträge, die jetzt vergeben werden sollen, werden für den Ausbau des Fernsprechnetzes und Telegraphendienstes, für den Radeldienst, den Postwaggonbau, den Kraftfahrzeug-, Lastwagen- und Omnibusbau, sowie für Hoch- und Siedlungsbauten Verwendung finden.

Kleinautos sind im ersten Vierteljahr dieses Jahres trotz der schweren Wirtschaftskrise von der deutschen Kraftfahrzeugindustrie nicht unerheblich mehr verlangt worden als im Vorjahre. Im ganzen sind die Automotoren aber zurückgegangen. Parallel mit der Steigerung der Nachfrage nach Kleinautos ist der Umsatz von schweren Krafttraktoren gesunken. Neben der Erhöhung der Betriebsstoffpreise erschwert die finanzielle Lage bei den Konsumen das Omnibusgeschäft; auch die Industrie bestellt weniger Kraftwagen. Abgesehen von der Klasse der 2-3-Tonnenwagen ist der Absatz von Lastwagen um etwa 15 Proz. gegenüber dem Vorjahr zurückgefallen. Die allgemeine Verschlechterung der Wirtschaftslage hat den verkäuflichen Bestand von Autos erheblich steigen lassen, da diese Besitzer ihre Autos nicht mehr durchhalten können.

Schöne weiße Zähne. Nach ich möchte nicht verschleißen, Ihnen meine größte Anerkennung und wolle Zufriedenheit über die Chlorodont-Zahnpaste zu übermitteln. Ich gebrauchte Chlorodont schon seit Jahren und ich werde es weiter Jahren weihen Zähne oft beneidet, die ich letzten Endes nur durch den täglichen Gebrauch Ihrer Chlorodont-Zahnpaste erreicht habe. C. Reichelt, Schwere, Amt Alsborg, Saalreis. — Chlorodont: Zahnpaste 60 Pf und 1 Mk., Zahnbürsten, Mundwasser 1 Mk. bei höchster Qualität. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.

Max Barthel: Die weißen Nächte

Einen Abgang der weißen Nächte kann man manchmal im Juni oder Juli auch an der deutschen Ostseeküste erleben. An solchen Abenden sinkt die Sonne spät ins Meer, der Mond rollt über dem Wasser und ist selbst wie eine bleiche, kühle Sonne und voller Magie. Er rollt und rollt durch die dämmernde Nacht und verfarbt sich, wird ockergelb und fällt dann lautlos in blaue Dunstschleier. Noch einige Minuten zeigt er seine greisenhafte Stirn, schließlich löst er sich in nichts auf. Nein, er löst sich nicht in nichts auf, die Nacht ist ja hell und opalen, die silberne See verfarbt sich und wird bleiern, über die kleinen, langhantelnden Wellen huschen die Feuerboten des andringenden Morgens. Die Nacht beginnt zu brennen, aus ihrer weißen Wölfe schlagen Flammen. Wie mit Posaunenstößen erhebt sich die Sonne und zeigt ihr blütenweißes Antlitz. Und dann stürzt das Feuer wie Blut in das blütenweiße Antlitz: der Tag ist da, die goldene Sonne ist erschienen!

Dieses lyrische Vorspiel kann man manchmal an der deutschen Ostseeküste erleben, das herrliche Schauspiel der weißen Nächte aber blendet die Bewohner der nördlichen Länder viele Wochen. In Estland und im Nordrussland habe ich weiße Nächte erlebt, die schönsten Nächte aber erlebte ich auf einer Reise, die über den Polarkreis in Norwegen nach Lofoten führte.

Von Trondheim, nur bis hierher fährt die Eisenbahn, die Strecke nach Bodø ist noch im Bau, vom alten Trondheim fuhr ich auf einem Rüstendampfer mitten in das Wunder der weißen Nächte hinein. Die Route führte zwischen Inselgewirr, Schären und Klippen an der wahnwitzig zerfetzten Felsenküste nordwärts, berührte viele Fjorde und legte an mancher Station an. Diese kleinen Städte im nördlichen Norwegen bestehen oft nur aus zwei oder drei Straßen. Die Häuser sind meistens Holzhäuser, und wenn ein Schiff kommt, scheint Felerlog zu sein. Wie sich in Rußland um die Bahnhofe das Volk sammelte, wenn ein Zug anrollte, so drängen sich an die Landungsplätze unseres Schiffes viele Leute, Frauen und Kinder, Männer und Mädchen. Post und Waren wurden gelöscht, Passagiere gingen von Bord, das Schiff war wie Gruß und Wohlwille aus dem fruchtbareren Süden, der sich vom hohen Norden durch versteinte Felsengebirge, Gletscher und Schneefelder absperrte. Am zweiten Morgen unserer Reise überquerten wir den Polarkreis. Am Abend wurde die Stadt Bodø erreicht.

Auch diese Stadt, sie ist ein bedeutender Ausfahrtsort für die Lofotfischer, erinnert an russische oder frühamerikanische Städte. Die meisten Häuser sind Holzhäuser, es gibt viele Magazine, Kaufläden, Agenturen und einige Banken. Die zwei größten Steinhäuser beherrschen die Post und die Kranken. Der Kai wimmelt wie von Menschen. Das Schiff wurde von Zeitungsjungen belagert. Die Norweger sind begeisterte Zeitungsläser. Fast jede kleine Stadt hat ihr eigenes Journal. Im Hafen lagen viele Fischereidampfer und zeigten den kahlen Wald ihrer hohen Masten. Die Felsen des Vorgebirges blauten.

Der Abend war taghell. Nach einer Stunde verließen wir Bodø. Unser Schiff, ein Dampfer der „Hurtigroute“, fuhr in den Westfjord hinein, in den gemächlichen Meeresarm, der vom Atlantischen Ozean herüber nach dem Festland greift und die zerklüftete Felsenküste der Lofoten und der Westeroasen mit Reichtum und Abenteuerlichkeit mit den Milliardenwärmen der Heringe und der Aale der Dorsche. Der Westfjord bei Lofoten gehört zu den fischreichsten Gewässern der Welt.

Nach drei Stunden fuhr er erblüdete plötzlich die weiße Nacht. Grau und schwer lagte der Nebel über dem Wasser. Die Schiffsmaschinen stoppten, die Streifen schrien kläglich um Hilfe. Auch heute konnten wir nicht schlafen. Wir standen an Bord und starrten in den Nebel. Er löste sich nach einer kleinen halben Stunde und wurde wie eine gigantische Kullisse nach einem noch gigantischeren Schneehaufen emporgeworfen. Wir fuhrten weiter.

Die ersten Felsen stiegen aus dem schimmernden Meer. Nach einer kleinen Stunde fuhr er drammten die Kompasslichter einer Station auf und wurden von der weißen Nacht beinahe überblendet. Neue Felsengebirge wuchsen aus dem Ozean und bauten ihre Hände für das Schauspiel, das uns nun erwartete: das Schiff lenkte in einen schmalen Wasserarm ein, und vor uns standen einige Fabriken.

Fabriken in der weißen Nacht!
Fabriken über dem Polarkreis!

Der Landungsplatz wurde von großen, hohen Lagerhallen umsäumt. Vor den Hallen war in jeder Nacht eine bewegte Versammlung. Männer, Frauen, Kinder, Mädchen und junge Burschen erwarteten um Mitternacht das Schiff! Stamsund war erreicht und zeigte die Fabriken, in denen aus Dorschköpfen und Fischgräten das weiße Fischmehl für die deutsche Schweinezucht hergestellt wurde. Die Korris, hohe Stapel, lagen haushoch übereinandergeschichtet an den Fabriken, an den Lagerhallen und verpesteten die Luft. Wir gingen an Land. Das Land war kein Sand mit Grün oder Gras, Blumen oder Gärten, das Land war nackter Stein und Schutt mit den Fabriken, den Lagerhallen, den Bohrtürmen der Arbeiter. Die weiße Nacht verlor alle Magie. Die zu Hunderttausenden aufeinandergepackten Fischköpfe mit den toten Augen und den aufgerissenen Mündern verwiesen lautlos. Die Arbeiter und die jungen Mädchen aus den stinkenden Fabriken standen am Schiff, lachten, erzählten und gingen auf und ab.

Wir fuhrten bald weiter.

Das überragende Wunder dieser Inselgruppen, die Sojotwand, wuchs tausend Meter hoch aus dem Meer und war erhaben über allem Fisch- und Frotelardalein. Noch einmal mochte uns der Nebel überfallen, aber das Licht war stärker, und als wir gegen 1 Uhr nachts in Sojotwaer landeten, war heller Tag. Die Sonne freiste hinter den Bergen und verströmte Beuchkraft. Das kleine Hotel, in dem ich schlief, zeigte am Treppenaufgang in einem kümmerlichen Wandgemälde die Sehnsucht der Inselbewohner: das lächelnde Bild einer italienischen Landschaft mit Weingärten, Palmen und dem rauschenden Besiro.

Auf Lofoten, auf der Insel Stora Noia, habe ich in den folgenden Wochen viele weiße Nächte erlebt. Auf dem Schiff nahm man die weiße Nacht als Reiseüberrschung hin, sie schien zur Fahrt zu gehören und nichts als ein gutgemählter Programmpunkt zu sein. Auf Stora Noia aber, als der erste Abend kein Abend wurde und die Nacht weggewischt war von der Erde und vom Himmel, da stürzte aller Hochmut und das Bösen wurde zum Traum. Der weiße Korallenstrand am nahen Meer, das Geschie der Eistern und der Klippen, der Rummel der blühenden Wiesen, der verklärte Himmel, die erleuchtete Erde wie Schären draußen in der Nacht und die weißen Schneefelder drüben auf dem Festland: das alles machte erst die Menschen lebendig und voller Blut, die heidnischen Männer und verwegenen Frauen, die in dieser Landschaft lieben und hoffen und die Knut Hamsun in seinen Romanen eingefangen hat.

Das Haus, in dem ich zu Gast war, stand auf einem kleinen Felsenkügel, und von dort aus konnte man die zarte und auch die pathetische Schönheit der Lofoten sehen, diesen großartigen Zusammenklang zwischen Felsen, Himmel und Wasser. Nach dem Strande zu lagen die kleinen mit Gras gedeckten Häuser der Siedlung. Die Bewohner waren Fischer, die jetzt im Sommer über dem Polarkreis ein wenig Landwirtschaft betrieben. Der Golfstrom ist der schäpferische Lebensgefährt an jener Küste.

Tag und Nacht waren sie gleich, immer flutete Licht, aber an den verbunkelten Fenstern der Hütten konnte man beobachten, wer den ersten Tag zur Nacht machte und schlief. Noch gegen Mitternacht kamen die jungen Burschen aus nahen Höfen oder von der Station her und besuchten die Mädchen unserer Siedlung. Gelächter lautete in die helle, sternlose Nacht. Und es wurden dieselben Spiele ausprobiert und gespielt, die in den schönen Nächten auch in Berlin oder Dresden ausprobiert und gespielt werden.

Manchmal, wenn mein Gastgeber und Freund, der Doktor, schon schlief, bin ich nachts gegen zwei Uhr mit fünf Tage alten Zeitungen aus Berlin über den Korallenstrand nach dem Klippen gegangen. Das Meer schimmerte und brandete. Die Wildgänse, die Stormvögel, die schreienden Möwen waren noch wach. Fische sprangen aus der übernen Flut. Von den hohen Bergen rieselten kleine Bäche und suchten sturzend den Weg zum Ozean. Keine Sonne stand am Himmel, sie freiste hinter den Gletschern, aber ihr Licht war da, ihr Glanz und ihre Schönheit. Und da sah ich auf den Klippen und wollte lesen. Aber ich las nicht.

Die weiße Nacht war verführerischer als alle Druckerfchwärze.

Gerdand:

Ein Herz auf dem Asphalt

Frühmorgens, wenn die Straßen gefehrt werden, dann legt man auch die kleinen, blutroten Papierherzen hinweg, die vor dem Eingang zu der nachgemachten Apachenkneipe sich mit dem Urnat der Straße vermischen. Frühmorgens ist die Straße abgemünzt. Aber nachts gibt die nachgemachte Apachenkneipe ihr das Gepräge. Nachgemachte Apachenkneipe, was ist denn das? Und welche Straße ist gemeint?

Es ist eine kleine Straße im Westen unserer Stadt, mitten in dem Getriebe der Weltstadt, in der Gegend der Kinopaläste und des Hochbahnzuges, mitten drin und doch wellenförmig. Es ist eine sogenannte „verrußte Straße“, eine „traublose Gasse“, eine „Straße der letzten Liebe“. Hier gibt es eine Kneipe für die pissesten Leute aus dem Westen, eine Apachenkneipe, erfüllt von dem süßlich-fauligen Moderduft bekadentier Eleganz, eine „Originalschlemme“ mit schwülen Ampeln und nachten, roten Kellerwänden, mit rabiaten Kauschmeißlern, mit Arbeitelosen, die für eine Mark sechzig Cigaretten und schwere Jungs mimen und kleinen Kauten, die sich selbst spielen. Ein Orchesterion faucht und kreischt seine Melodien, an der Ecke lahnen Müllerpoul und Dollbrägenorje, Matrosenirony, Soßenkitt und Ida mit der kalten Hand und begrüßen die eintretenden Damen und ihre Smokingpaalieren im Mulastrafsenjargon. Das ist nämlich das Wesen der ganzen Sache, deshalb gehört es zum guten Ton bei diesen bekadenten, bornierten, aus den Datschen kippenden Leuten, hier gewesen zu sein, weil „Unterwelt“ die große Mode ist, der letzte Schrei einer mit Sensationen und Nervenentzügen durchgepeinigten Menschheit.

Der rauhe Bouillontellerton, die primitiv-obskönen Bilder an den nackten Wänden, die Wolmigen und Knipptücher, die tablate Art des schweißigen „Dschingis“, das alles kann den Dämchen und Hetzchen so gefallen, das finden sie nicht in den Luxuspalästen, die Mulastrafsen hat sich zu ihnen bemüht, zu ihnen, die sich tagsüber umanzeln und umdienen lassen von ihren Domestiken und Speicheldemern. Diese Joten und dieser Unst, dieser Cigarettenjargon (eine Mark sechzig) und diese verworrenen Blicke (huch, huch ins Bett!), das ist — weiß Gott — mal etwas anderes als die öden Hausfeste, Banquets, parquets luxueuse usw.

Frau Lona geht durch den Apachenkeller, bahnt sich ihren Weg durch die entladene Menschheit, Frau Lona bietet Herzen an, kleine, blutrote Herzen aus Papier. Stück für Stück: fünf Groschen.

Man muß Frau Lona das genaue Geburtsdatum geben, denn die Herzen sind aufklappbar und innen findet man ein Horoskop. Die Herzen besitzigen die Kassefrauen, die Gattinnen und Gattinnen an der Stelle, wo bei Frau Lona und bei den kleinen Kauten das Herz ist, und wo diese Damen raschende Geldscheine zu tragen scheinen.

Frau Lona ist ein Original. In dieser narkotisierten Atmosphäre, in diesem moderulenden Milieu wirken ihre tomatenroten Haare, ihre rebebräunten gestrichelten Augenlider und ihre zinnobermantürten Fingernägel so, als hätte man Frau Lona bei einer Schönheitskonkurrenz im Karitätenkabinett zur Königin gewählt.

Sie hat nun ihre Horoskopherzen schon verkauft und sitzt in einer Ecke hinter der Bar, ist ganz allein, mitten in dem Dirmengefankern, mitten in der für die reichen Leute arrangierten, traupfingigen Gemeinheit. Viellecht denkt sie an jemand, den sie einmal mit ihrer Sehnsucht bedacht hat, viellecht denkt sie an ihr Zuhause, an ihr krankes Kind, für das sie diese tragische Groteske spielt, viellecht... ach, was weiß ich...

Da tritt ein junger Mann vor sie hin, verneigt sich und will mit ihr tanzen. Er weiß nicht, daß sie die Herzenverkauferin ist, er weiß nicht, daß sie eine bezahlte Sinnungsstorist ist. Und sie tanzen. Der junge Mann hält einen schlanken, fühligen Körper in seinen Armen, einen Körper, der erbebt, als er ihn fester an sich zieht.

Die Musik bricht ab. Es ist Polizeistunde. Die abgekämpften Menschen wälzen sich zum Ausgang. Frau Lona geht in die Garderobe und schmeißt sich ab. Draußen flattern die Herzen zu Boden, draußen wartet der Junge.

Sie geht hinaus. Da ist er schon. Aber er ist ja nicht allein. Er steht zusammen mit einer nicht mehr ganz jungen Dame in einem losbaren Netz, die einer Simouline entfliegen ist. Frau Lona geht an ihm vorbei und grüßt. Und sieht, wie sich sein Gesicht zu einer häßlichen Grimasse verzieht. Laut sagt er zu seiner auf „jung“ zurechtgebildeten Kuschlitterin: „Da schau her! Sieh dir die an! Das ist die größte Nepparin in diesem Puff!“

Frau Lona ist schon weit gegangen. Sehr weit. Sie geht die trostlose Straße entlang. Dann reißt sie sich das rote Papierherz von der Brust und wirft es zerstückt in die Gasse, auf den opalen schimmernden Asphalt. Es ist ein Horoskop darin, das für tausend andere bestimmt ist, das tausend anderen Glück und Segen verheißt. Und das trifft für sie nicht zu.

Frühmorgens, wenn die Straßen gefehrt werden, dann legt man auch die kleinen, blutroten Papierherzen hinweg.

Erna Büsing:

Ruhetage in einer Kleinstadt

Die geplanten Ruhetage in einer Kleinstadt sind ein Kapitel in deinem Leben; denn sie waren deine Sonne im grauen Eiertel des Winters, deine Wünsche umkreisen sie unablässig und deine Sehnsucht läßt ein Monate und zwei Wochen mit ihnen spazieren. Du armer Erdewurm in der Millionenstadt, du würdest erdrückt von dem Verkehrslärm, von der Hast der Menschen und den öden Unfreundlichkeiten in deinem eigenen Leben. Die Ruhetage in einer Kleinstadt, sie sollten deinen Kernen die nötige Beruhigung, deinem Körper den unbedingt erforderlichen Nachschlaf und deinem inneren Menschen die Lösung des Rätsels Ich bringen.

Und endlich landest du in der Kleinstadt, du Berlin-Entflochter! Du mietest ein Zimmer und guckst glücklich und neugierig zugleich durch die Bogenfenster auf die nahegelegenden Häuser der Straßenseite gegenüber. Du siehst die Jahreszahlen über den Haustüren und die frommen Sprüche der Gebauer mit den guten Wünschen für dich selbst. Du siehst den Hausbewohnern in die Stuben und siehst dich scheu vom Fenster zurück, betroffen ob so viel ungewohnter Ausdrucksweise. Doch, wenn du auch in der Mitte deines Winters esst, siehst du noch, daß deine Nachbarn gerade Bratartoffeln essen. Die Nachbarn sind nämlich keine einzige Augenweide und sie wohnen sich auf der Hauptstraße dieser Kleinstadt genau so quatsch nahe, wie die einzelnen Mietparteien in den Berliner Hinterhöfen.

Doch, nicht wahr, was geht dich dein Gegenüber an? Du suchst doch die Ruhe! Und während du noch an die Ruhe denkst, merkt du bereits, daß die Automobile in der Kleinstadt viel heftiger und öfter hupen als in Berlin. Das ist nötig; denn alle Gassen münden auf die Hauptstraße und die Zugänge sind unübersichtlich. Es gibt allen Menschen bekannte Unterschiede zwischen Automobilen, Motorrädern mit Beiwagen und Fahrrädern. In der ruhigen Kleinstadt aber hat man peinlich genau und merklich auf die Signalabweichungen. Die Automobile hupen lang und eigentlich anbauend, die Motorräder mit Beiwagen bibbern an jeder Straßenseite und die Kadsfahrer üben sich in der Nachahmung der verschiedenen Glockenspiele von Bedeutung.

Ein hohes Bumbum, das von dem Oberbeck eines Lastautos erklingt, geht dich nichts an, da es nur für die Bier begehrenden Wirtschaften praktische Bedeutung hat, ebenso brauchst du dich nicht um das kleine Bumbum eines anderen Lastautos zu kümmern, weil es nur verkündet, daß das Hausmüll jetzt abgeholt wird. Das durchdringende Kläffen aber ist das Glockenzischen der Kleinbahn, das nicht bloß bei günstiger, sondern bei jeder Windrichtung die Kleinstadt erfüllt.

Du gegenüber hämmert ein Schmied, und da der Mann sich langsam umstellen muß, repariert er neuerdings auch Rundfunkgeräte und du hörst mitunter die Stimme eines dir bekannten Anlagers, wenn gerade ein Lautsprecher, der bei dem Kunden zu Hause nicht funktionieren wollte, beim Schmied angeschlossen ist.

Die erste Nacht schläfst du nicht, weil du gewissenhaft nachrechnest, ob nicht, prozentual betrachtet, der Lärm in der Kleinstadt größer ist als der in der Großstadt. Die zweite Nacht bist du übermüdet und schläfst insollgedessen ein. Aus Wachen und Schlafen werden Tage und mit ihnen wachst du in die Gepflogenheiten der Kleinstadt hinein. Deine Narven beruhigen sich und deine Sinnesindrücke treten untereinander nicht mehr in den Wettbewerb um größte Schreckhaftigkeit.

Eines Morgens jedoch, da springst du aus dem Bett, vergißt die Hauschuhe anzulegen, willst daruf ans Telefon eilen und denkst darüber nach, welche Nummer hier wohl das Leberfallkommando haben kann. Hast doch die ganze Straße wider von einem fürchterlichen Schrei. Rechtzeitig erinnerst du dich daran, daß überhaupt kein Telefon im Hause ist. Als Leberfallkommandant erweist du ans Fenster. Da stürzen Blomage und Beruhigung in halber Zweieinigkeit auf dich ein. Wird doch nur ein auf einen Wagen geladenes Schwein durch die Stadt transportiert. Eine Frau zieht den Wagen, ein Mann schließt mit einer Hand nach und läßt sich mit der anderen den Kopf des Schweines, damit das Tier sich nicht zu sehr aufrigt und auch nicht ein Gramm seines sorgfältig angefüllten Gewichts verliert.

Nach und nach gewöhnst du dich an alles und sprichst schließlich nicht nur die Geduldlosigkeit als Ruhe an, sondern du weißt, daß es für dich ebenso gut Ruhe ist, wenn Hirn oder Hände für eine Zeitlang gewohnter Arbeit entsagen dürfen. Wenn du diesen Zustand tiefinnig empfindest, dann hält ausgerechnet im selben Augenblick ein Berliner Motorrad vor deiner Tür, weil es plötzlich und unerwartet hoch geworden ist. Es lärmt, es knattert, es macht aus dem Stand heraus Sprünge. Als ob es nach dem Kommando eines Funkgymnastiklehrers ginge, fliegen rhythmisch dem Führer und seiner Begleiterin die Herzen ans Gesicht. Du bist kein Nachmann, jedoch hast du es bald heraus, das arme Motorrad leidet an Gasverstopfung. Viellecht gibt es einen gewaltigen Knall, das Motorrad pufft und stinkt sichtbar. Und während dir der schwarze Rauchschnee ins Gesicht fliehet, rattert dein Wit-Berliner vergnügten Herzens und trachstrosen Mutes dem Lärm der Großstadt zu. Du aber wirst müde und denkst nicht mehr bitterbösen Sinnes an die tobende, ratternde Millionenstadt.

Die „Ruhe in der Kleinstadt“ hat die Widerstandskraft deiner Kerne erheblich gekräftigt, du siehst jetzt nicht mehr in jedem Kraftfahrzeugführer deinen persönlichen Feind und deine gültige Seelengrundstimmung begabt sogar den Radloautsprecher deines Berliner Nachbarn mit einem reinen Ton. Du merkst es, der Knack in der Kleinstadt hat dir gut getan und dich unbedingt gekräftigt zum alltäglichen Knack mit deinem liebsten Knacksten.

Wie packt man den Rucksack?

Was alles in den Rucksack gehört, das wissen die meisten Wanderer, vielfach aber nicht, wie ein Rucksack gepackt wird. Sie legen dann auf Wanderungen auch sehr schnell darüber, daß der Rucksack zu drückt. Blickt man in so einen Rucksack hinein, so sieht es darin immer aus wie Kraut und Rüben. Ein zweckmäßiger Rucksack muß wasserfest und möglichst groß sein. Er soll Seitenaschen und recht breite, auf der Innenseite abgefüllte Trageriemen besitzen. Die verschiedenen Sachen, die man mitnimmt, läßt man nicht einzeln im Rucksack liegen. Man ordnet sie vielmehr nach ihrer Zusammengehörigkeit und packt sie in einzelne Beutel oder Säcke. Da, wo der Rucksack auf dem Rücken aufliegt, sollen weiche, dem Rücken sich anpassende Gegenstände liegen. Man wird dahin also am besten Wäsche, die Schlafdecke und dergleichen verstauen. Dann folgen Schuhzeug, Werkzeug und Vorratsbeutel. Die schwersten Dinge sollen dem Rücken am nächsten, die leichtesten am entferntesten liegen. Je flacher und gleichmäßiger ein Rucksack gepackt ist, desto leichter läßt er sich tragen. Man vermeide es, schwere oder pendelnde Gegenstände außen auf den Rucksack zu packen, weil gerade diese Anhängel das Tragen unnütz erschweren.

Der Pleistozäner frisst die Erdensogel. Durch Russlands neueste Verordnung werden italienischen Kaufleuten, sobald sie den Konturs annehmen, lärmliche italienischen Orden- und Ehrenzeichen automatisch emporgehoben. Entsetzt!

